

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung

Westliche Industrieländer:	
Konjunktur am Scheideweg	1
Bundesrepublik Deutschland:	
Gravierender wirtschaftlicher Rückschlag in Ost und West	10

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 1-2/96

Berlin

11. Januar 1996

63. Jahrgang

Stöglin

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung

Westliche Industrieländer: Konjunktur am Scheideweg

Das Wirtschaftswachstum der westlichen Industrieländer hat sich im Verlauf des Jahres 1995 spürbar verringert. In Nordamerika schwächte sich die Expansion der Wirtschaft nach einer ausgeprägten Hochkonjunktur erwartungsgemäß ab. In Japan dauerte die Stagnation an. Eine deutliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums war im Gefolge des weltweiten Zinsanstiegs auch in Westeuropa nicht zu vermeiden. Im Jahresdurchschnitt 1995 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt der Industrieländer insgesamt um 2½ vH zu, nach 2¾ vH im Jahr davor. Der durchschnittliche Anstieg der Verbraucherpreise blieb mit 3 vH in Westeuropa und knapp 1,5 vH in den außereuropäischen Industrieländern gering.

USA: Moderates Wachstum nach weicher Landung

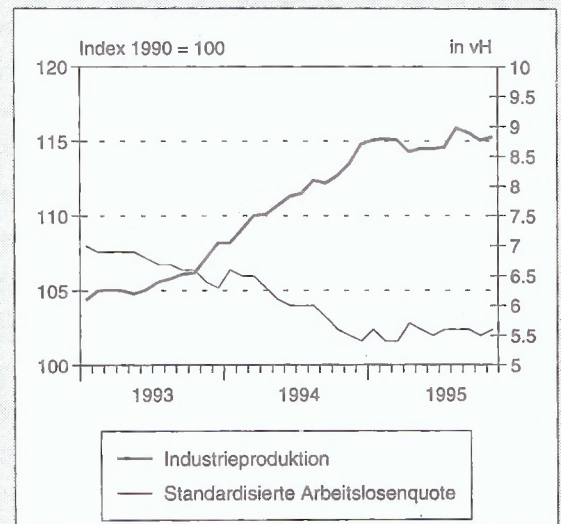
In den USA schwenkte die Konjunktur 1995 auf einen Pfad moderater Expansion ein. Die von der Wirtschaftspolitik angestrebte weiche Landung ist damit zunächst gelungen. Expandierte die Industrieproduktion 1994 noch mit zum Teil zweistelligen Raten, war die Entwicklung 1995 uneinheitlich. Phasen leichter Zunahme zu Beginn und Mitte des Jahres wurden von Produktionsrückgängen im Frühjahr und Herbst abgelöst. Insgesamt dürfte der industrielle Ausstoß im Jahresverlauf stagniert haben (Schaubild 1).

Gesamtwirtschaftlich nahm die Produktion im Jahresdurchschnitt 1995 noch um gut 3 vH zu nach 4 vH im Vorjahr. Stützend wirkten die zwar etwas abgeschwächte, aber nach wie vor kräftige Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen und die merkliche Zunahme des privaten Ver-

brauchs. Hinzu kam, daß sich die Ausfuhr im Verlauf des Jahres 1995 spürbar belebte. Doch war die Importneigung unverändert hoch, so daß sich der Außenbeitrag weiter passivierte. Ein dämpfender Einfluß ging von den Investitionen im Wohnungsbau aus, die im Jahresdurchschnitt rückläufig waren.

Schaubild 1

Industrieproduktion und Arbeitslosenquote USA



Quellen: OECD; Berechnungen des DIW.

DIW '96

Die Beschäftigungsausweitung ist zum Stillstand gekommen. Auch die Arbeitslosenquote hat sich seit dem Herbst kaum noch verändert; sie lag zuletzt bei 5,6 vH, ein für die USA immer noch sehr niedriger Wert. Der Preisauftrieb blieb verhalten. Der Konsumpreisindex übertraf den Vorjahreswert lediglich um 2,5 vH. Die Produzentenpreise erhöhten sich um etwa 3 vH. Entscheidend für diese Entwicklung war, daß die Löhne trotz der guten Beschäftigungslage nur maßvoll stiegen. Im Jahresdurchschnitt 1995 waren sie um knapp 3 vH höher als im Vorjahr.

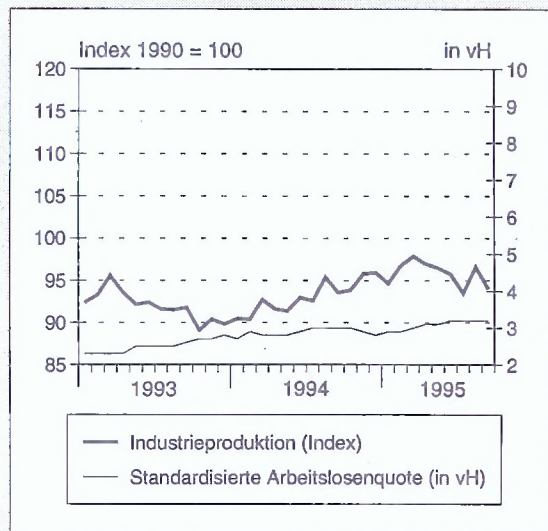
Damit ist eine kräftige Aufwärtsentwicklung zu Ende gegangen, ohne daß es zu nennenswerten inflationären Spannungen gekommen ist. Im vergangenen Aufschwung, der 1990 mit einem erheblichen Inflationsschub endete, war dies anders gewesen. Damals waren die Löhne bei einer ähnlich niedriger Arbeitslosenquote wie 1995 und nach einer sogar etwas schwächeren Beschäftigungsexpansion als 1994 mit gut 5 vH wesentlich stärker gestiegen.

Die weitgehend spannungsfreie konjunkturelle Entwicklung während der letzten Jahre war im wesentlichen Resultat des Zusammenwirkens von expansiver Geldpolitik und moderater Lohnentwicklung. Beide zusammen schufen den monetären Spielraum für eine ausgeprägte Investitionskonjunktur, die zu den höchsten Investitionsquoten in den USA seit 1970 geführt hat.

Mit der Straffung der Geldpolitik von Anfang 1994 bis Anfang 1995 schränkte die Zentralbank den Expansionspielraum aber immer mehr ein. Bei den üblichen Wirkungsverzögerungen werden die Effekte dieses geldpolitischen Kurswechsels erst zu Beginn dieses Jahres voll

Schaubild 3

Industrieproduktion und Arbeitslosenquote Japan



Quellen: OECD; Berechnungen des DIW.

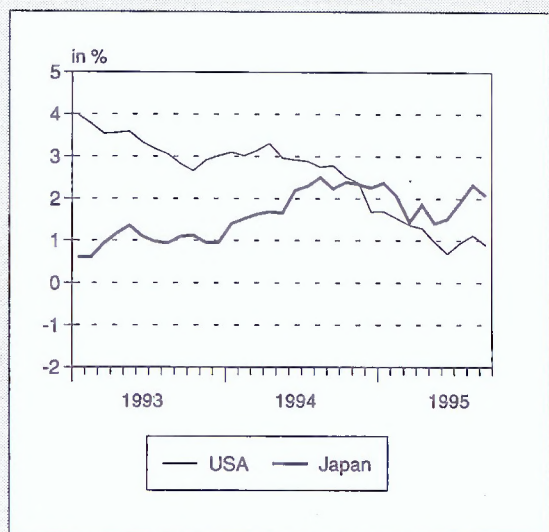
DIW '96

sichtbar werden. Daran dürfte auch die geringfügige Zinssenkung vom Juli vergangenen Jahres, wie auch die geldpolitische Lockerung zum Jahresende 1995 kaum etwas ändern. Der Rückgang der langfristigen Zinsen und die beträchtliche Verringerung der Zinsdifferenz deuten daraufhin, daß die bereits eingetretene konjunkturelle Abschwächung zu einer verminderten Kapitalnachfrage geführt hat (Schaubild 2). Darüber hinaus scheinen die Erwartungen auf weitere Zinssenkungen am kurzen Ende gerichtet zu sein, weil die Preise weitgehend stabil sind und die konjunkturelle Entwicklung eher zurückhaltend eingeschätzt wird. Dies spricht dafür, daß die Zentralbank in absehbarer Zeit weitere Zinssenkungen vornehmen wird.

Vor diesem Hintergrund wird sich die Investitionsentwicklung zu Beginn dieses Jahres zunächst weiter abschwächen und erst im späteren Jahresverlauf — nicht zuletzt als Folge der sinkenden Kapitalmarktzinsen — wieder stabilisieren. Beim privaten Verbrauch ist angesichts der nach wie vor guten Beschäftigungslage keine große Tempoänderung zu erwarten. Die Ausfuhr dürfte wegen der Verlangsamung der Konjunktur in Europa und Kanada sowie der weiterhin geringen Dynamik in Japan im Verlauf des Jahres weniger kräftig steigen; die Zunahme der Einfuhr wird sich aber aufgrund der gedämpften Inlandsnachfrage deutlich abschwächen. Insgesamt nimmt das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr voraussichtlich nur noch um 2 vH zu nach 3,5 vH 1995. Die Beschäftigung wird sich dabei im Verlauf von 1996 kaum ändern. Dies bedeutet, daß bei einem anhaltenden Zustrom auf den Arbeitsmarkt die Arbeitslosigkeit leicht steigt. Bei rückläufiger Kapazi-

Schaubild 2

Zinsstruktur USA und Japan



Quellen: OECD; Berechnungen des DIW.

DIW '96

tätsauslastung und eher noch moderateren Lohnzuwächsen ist mit einer Beschleunigung des Preisauftriebs nicht zu rechnen.

Japan: Nur verhaltene Konjunkturerholung

Japan konnte sich bis zuletzt nicht aus der wirtschaftlichen Stagnation lösen, die bereits seit fast vier Jahren anhält. So fiel die Industrieproduktion im letzten Spätsommer sogar unter ihr Vorjahresniveau, nachdem sie über ein Jahr lang gestiegen war (Schaubild 3). Maßgeblich für die

Entwicklung im vergangenen Sommer dürfte die nochmalige starke Aufwertung des Yen vom Frühjahr 1995 gewesen sein. Infolgedessen nahmen die Exporte trotz eines sehr günstigen weltwirtschaftlichen und speziell südostasiatischen Umfeldes nur noch mäßig zu, während die Importe kräftig expandierten. Aufgrund von Preiszuwächsen der Exporteure konnten die Unternehmen ihre Gewinnsituation kaum verbessern. Die Wechselkursentwicklung trug dazu bei, daß im Inland die Preise sanken. Gleichzeitig war die Geldpolitik um Expansion bemüht, der Diskontsatz erreichte mit 0,5 % einen neuen Tiefstand.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1994 in vH		B I P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Verbraucherpreise ³⁾		
	BIP	deutsche Ausfuhr	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
			1994	1995	1996	1994	1995	1996	1994	1995	1996
Deutschland	10,5		2,9	2,0	1,0	2,8	1,5	1,0	2,8	2,0	2,0
Frankreich	6,8	16,0	2,9	2,5	1,5	3,1	2,0	1,5	1,7	2,0	2,0
Italien	5,2	10,1	2,2	3,0	2,0	1,9	1,5	1,5	3,9	5,5	5,0
Großbritannien	5,2	10,7	3,8	2,5	2,0	3,4	2,0	2,0	2,5	3,5	3,0
Spanien	2,5	4,2	2,0	3,0	2,0	0,7	3,0	2,5	4,8	4,5	4,0
Niederlande	1,7	10,1	2,5	2,5	2,0	2,5	2,5	2,0	2,7	2,0	2,0
Belgien	1,2	9,0	2,3	2,5	2,0	0,6	2,0	2,0	2,4	2,0	2,0
Schweden	1,0	3,0	2,2	3,5	2,0	1,4	2,5	1,5	2,2	3,0	3,0
Österreich	1,0	7,6	2,7	2,5	2,0	4,1	3,0	2,0	3,0	2,0	2,0
Dänemark	0,7	2,5	4,5	3,0	2,0	5,8	4,0	2,5	2,0	2,0	2,5
Finnland	0,5	1,0	4,1	5,0	4,0	3,5	5,5	5,5	1,1	1,5	2,5
Portugal	0,4	1,1	1,5	2,5	2,5	2,1	3,0	3,0	5,2	4,0	3,5
Griechenland	0,4	1,1	0,5	1,5	1,5	0,5	2,0	2,0	11,0	9,0	7,0
Irland	0,3	0,6	6,5	6,0	5,0	4,1	4,5	4,0	2,5	2,5	3,0
EU	37,4		2,8	2,5	1,7	2,6	2,0	1,7	2,9	3,0	2,8
EU ohne Deutschland	26,9		2,8	2,8	1,9	2,6	2,2	1,9	2,9	3,4	3,1
EU ohne Deutschland ⁴⁾		77,0	2,8	2,7	1,9	2,6	2,3	1,9	2,8	3,0	2,8
Schweiz	1,3	7,1	1,2	1,0	1,5	3,8	2,5	1,0	0,9	2,0	1,5
Norwegen	0,6	1,2	5,5	4,0	3,0	4,3	4,0	2,0	1,5	2,5	3,0
Europäische Industrieländer	39,3		2,8	2,5	1,7	2,7	2,1	1,6	2,8	2,9	2,8
Europäische Industrieländer ohne BRD	28,8		2,8	2,7	1,9	2,7	2,3	1,9	2,8	3,3	3,0
Europäische Industrieländer ohne BRD ⁴⁾		85,3	2,7	2,6	1,9	2,7	2,4	1,9	2,6	2,9	2,7
USA	34,4	10,4	4,1	3,5	2,0	4,7	3,5	2,0	2,5	2,5	3,0
Kanada	2,8	0,8	4,6	2,5	2,5	3,4	1,5	1,5	0,2	2,5	3,0
Japan	23,5	3,5	0,5	0,5	1,5	0,9	1,5	2,0	0,7	0,0	0,5
Außereuropäische Industrieländer	60,7		2,7	2,3	1,8	3,2	2,7	2,0	1,7	1,5	2,0
Außereuropäische Industrieländer ⁴⁾		14,7	3,3	2,7	1,9	3,7	2,9	2,0	1,9	1,9	2,4
Insgesamt	100,0		2,8	2,4	1,8	3,0	2,4	1,8	2,1	2,1	2,3
Insgesamt ohne Deutschland	89,5		2,8	2,4	1,9	3,0	2,5	1,9	2,1	2,1	2,4
Insgesamt ohne Deutschland ⁴⁾		100,0	2,8	2,6	1,9	2,8	2,4	1,9	2,5	2,7	2,7

¹⁾ Auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1994 (Jahresdurchschnitt). — ²⁾ Verbrauch und Investitionen des Inlands. — ³⁾ Für Deutschland Preisindex des privaten Verbrauchs. — ⁴⁾ Gewichtet gemäß Anteilen an der deutschen Warenausfuhr 1994.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

Doch war der reale langfristige Zinssatz zu Beginn des vergangenen Jahres mit gut 4 % noch sehr hoch, er gab dann im Laufe des Jahres auf 3 % nach.

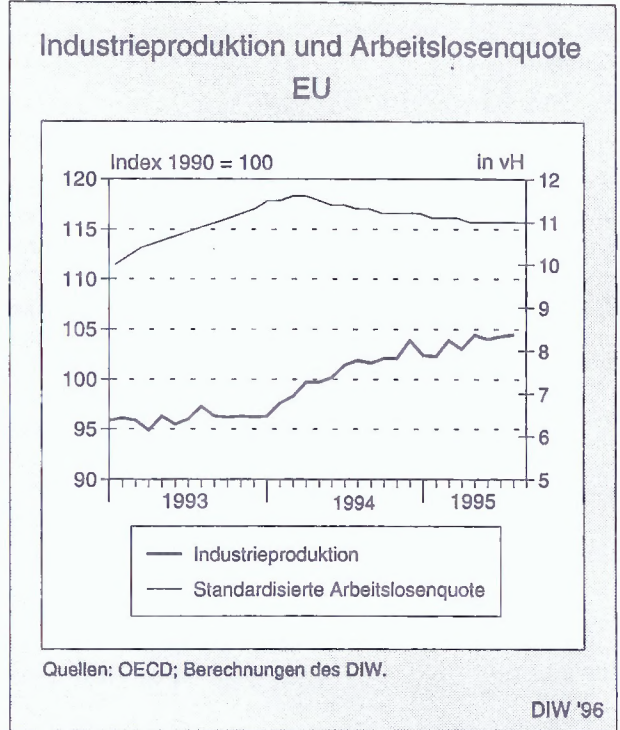
Die Finanzpolitik reagierte sowohl im Frühjahr wie im Herbst 1995 mit expansiven Programmen. Allein das jüngste Stabilitätsprogramm hat ein Volumen von rund 3 vH des Bruttoinlandsprodukts, von dem allerdings fast die Hälfte für öffentliche Grundstückskäufe vorgesehen ist, um den Preisverfall auf dem Immobilienmarkt zu stoppen. Sie ist damit weitaus weniger expansiv, als von der Regierung angekündigt. Zudem wird ein hoher Anteil der konjunkturrell begründeten Ausgabensteigerungen an anderen Stellen des Etats eingespart.

Konjunkturpolitische Maßnahmen allein führen Japan wohl nicht zurück auf den alten Expansionspfad. Immer wieder aufflackernde kleinere Banken Krisen zeigen, daß die Folgen der Fehlspekulationen Ende der achtziger Jahre und der extrem starken realen Aufwertungen des Yen noch nicht überwunden sind. Die anhaltenden Konsolidierungsbemühungen des Bankensektors hemmen aber die wirtschaftliche Expansion, weil die Risikobereitschaft der Banken bei der Kreditvergabe an Unternehmen stark nachgelassen hat. Auch die Zinsspanne ist zur Konsolidierung ihrer eigenen Bilanzen groß. Beides zusammen behindert die private Investitionstätigkeit.

Zwar gab es im Herbst 1995 eine deutliche Korrektur der Wechselkurse. Diese reicht jedoch nicht aus, weil die exportierenden Branchen erheblich geschwächt aus den verschiedenen Aufwertungsrunden der letzten Jahre hervorgegangen sind. Viele Unternehmen reagierten zudem mit Produktionsverlagerungen ins Ausland, insbesondere nach Südostasien. Noch gravierender als auf der Exportseite dürften die Veränderungen auf der Importseite der japanischen Wirtschaft sein. Durch formelle und/oder faktische Handelsbarrieren war es Japan viele Jahre gelungen, seinen großen Binnenmarkt vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen. Den Preis für diese Politik haben Japans Verbraucher „bezahlt“. Die Aufwertung des Yen und die dadurch ausgelöste Nachfrage nach vergleichsweise preiswerten Importwaren sowie der Druck ausländischer Staaten, insbesondere der USA, erzwangen aber letztlich eine schrittweise Öffnung des japanischen Marktes für ausländische Güter und Dienste.

Diese Entwicklung begünstigt zwar die Verbraucher, sie setzt aber viele japanische Produzenten unter erheblichen Rationalisierungsdruck. Hinzu kommt, daß viele Arbeitskräfte in den Betrieben praktisch eine feste Anstellung haben, so daß die Unternehmen bei einer Aufwertung über die Freisetzung von Arbeitskräften nur in geringem Maße den Gewinneinbruch auffangen können. Angesichts der engen Verflechtung von Banken- und Unternehmenssektor haben die Banken lange Zeit nicht auf die Gewinneinbrüche der Unternehmen mit einer vorsichtigeren Ausleihpolitik reagiert. Das Volumen der notleidenden Kredite ist damit ständig gestiegen.

Schaubild 4

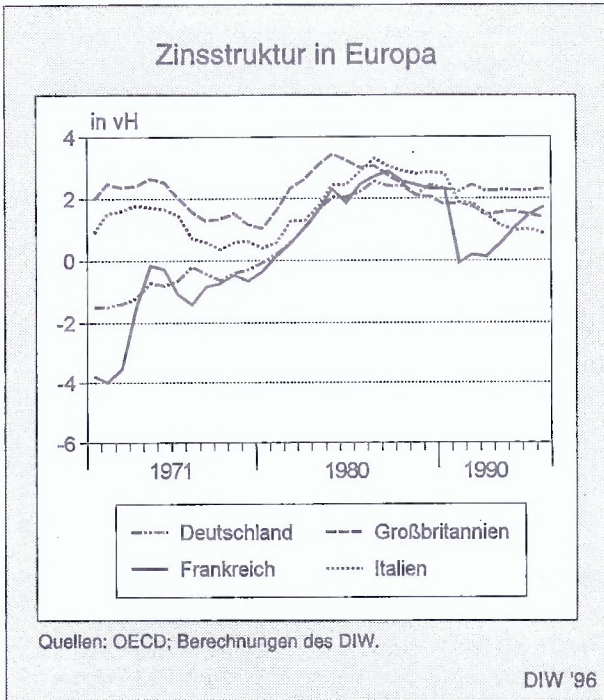


Die Rückbildung der Yen-Aufwertung vom Herbst 1995 eröffnet die Aussicht, den Deflationsprozeß zu beenden. Dann kann auch die Geldpolitik ihre expansiven Wirkungen wieder entfalten, d.h. die Realzinsen dürften merklich sinken. Zusammen mit einer besseren Gewinnentwicklung und dem anhaltenden Rationalisierungsdruck dürften sich hieraus Impulse für einen leichten Anstieg der privaten Investitionen ergeben. Doch wird der private Verbrauch nur mäßig expandieren, weil die Masseneinkommen (Lohn- und Transfereinkommen) nur wenig steigen. Im Außenhandel wird der Anstieg der Importe wahrscheinlich über dem der Exporte liegen. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt nach einer Stagnation im letzten Jahr nun wieder leicht zunehmen (1,5 vH).

Westeuropa: Erhebliche Wachstumsschwäche

In Westeuropa hatte der Aufschwung schon im Herbst 1994 seinen Höhepunkt erreicht (Schaubild 4); die Aufschwungphase war damit extrem kurz. So wie 1994 eine kräftig steigende Investitionsnachfrage, die sich in einer deutlichen Belebung des innereuropäischen Handels widerspiegelte, die konjunkturelle Aufwärtsbewegung prägte, so ist auch die Abschwächung im vergangenen Jahr durch ein spürbares Abflauen der Investitionstätigkeit gekennzeichnet. Die Hoffnung, der Aufschwung werde allmählich mit einer Belebung des privaten Verbrauchs eine breitere Basis erhalten, erfüllte sich nicht. Die Konsumnachfrage blieb weiter sehr verhalten. Der Versuch, mit gezielten Maßnahmen — etwa Verschrottungsprämien für private Pkw — den Verbrauch anzuregen, führte lediglich zu Vorzieheffekten.

Schaubild 5



Auslöser der neuerlichen Abschwächung war der Anstieg der langfristigen Zinsen im Jahr 1994 gewesen. Hinzu kam, daß nach dem Lageraufbau im Gefolge des kurzen Aufschwungs nunmehr von der Lagerbildung keine Impulse mehr ausgingen; die Unternehmer sind im Gegenteil eher wieder daran interessiert, ihre Lager zu reduzieren. Sichtbar wird die Abkühlung vor allem in einer seit dem Frühjahr 1995 stagnierenden — teilweise sogar rückläufigen — Industrieproduktion. Auch am Arbeitsmarkt hat sich die 1994 zu beobachtende Verbesserung der Lage nicht fortgesetzt.

Unter den großen Ländern leidet vor allem Frankreich unter einer zunehmenden konjunkturellen Flaute; die Streikwelle zum Jahresende dürfte die Abschwächungstendenzen noch verstärkt haben. Bereits seit dem Frühjahr stagnierte die Industrieproduktion und ging schließlich sogar zurück. Maßgeblich hierfür ist der kräftige Anstieg der Realzinsen bis zum Frühjahr 1995 (Schaubild 5 und 6). Hinzu kam eine kräftige Anhebung der kurzfristigen Zinsen im Frühjahr, mit der eine Abwertung des Franc gegenüber der D-Mark vermieden werden sollte. Die reale Aufwertung gegenüber Drittländern mußte die wirtschaftliche Aktivität weiter dämpfen. Auch die Finanzpolitik schwenkte auf einen Konsolidierungskurs ein. Der Versuch, das Maastricht-Kriterium für das Defizit der öffentlichen Haushalte zu erfüllen, führt die Politik infolge der schwachen Konjunktur und der damit verbundenen Mindereinnahmen und Mehrausgaben zunehmend in ein Dilemma.

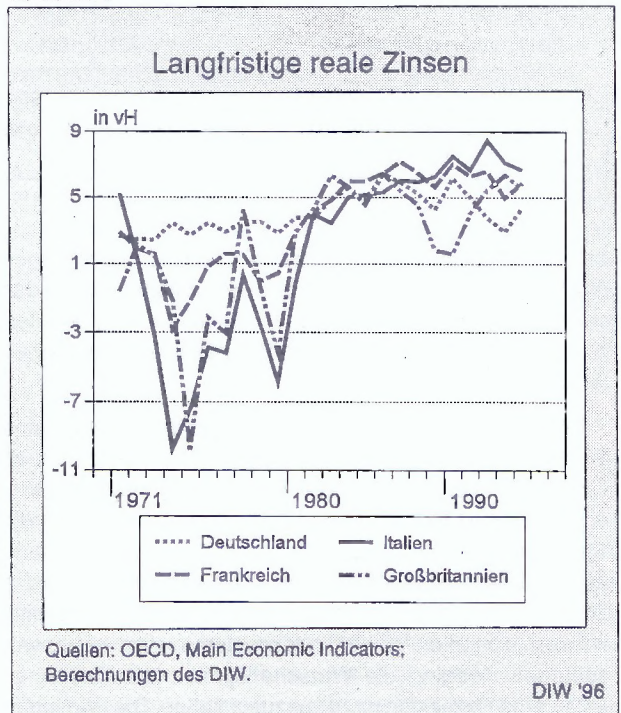
Anders als in Frankreich ist die wirtschaftspolitische Konstellation in Großbritannien und Italien. Zwar beeinträchtigt

gen auch hier — insbesondere in Italien — hohe nominale und reale Zinsen die konjunkturelle Entwicklung. In beiden Ländern kam es jedoch im Frühjahr 1995 zu einer massiven Abwertung ihrer Währungen. Die Abwertung stützte vor allem in Italien die Konjunktur. Der private Verbrauch stieg nur wenig. Von der Wirtschaftspolitik gingen dagegen keine Impulse aus.

In Großbritannien hatten die im Vergleich zu Kontinentaleuropa frühzeitige Lockerung der Geldpolitik und eine expansive Finanzpolitik einen langen Konjunkturaufschwung ermöglicht. Daraufhin verbesserte sich auch die Lage am Arbeitsmarkt. Zwar stagniert seit dem letzten Frühjahr auch hier die Industrieproduktion. Im Unterschied zu Frankreich und Italien vollzog sich der Aufschwung aber auf breiterer Basis. Vor allem der private Verbrauch expandierte in den letzten Jahren kräftiger als in den beiden anderen Ländern. Auch sind die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen für eine konjunkturelle Stabilisierung günstiger. Die Geldpolitik ist im Unterschied zu Frankreich nicht in erster Linie darauf gerichtet, den Wechselkurs zu verteidigen. Die Finanzpolitik hat durch Ausgabenkürzung und Einnahmeverbesserungen im Aufschwung die zuvor hohen öffentlichen Defizite soweit abgebaut, daß sie nunmehr sogar Spielraum für Steuersenkungen hat, die sich vor allem auf die Entwicklung des privaten Verbrauchs stimulierend auswirken werden.

Von der allgemeinen Wachstumsabschwächung betroffen sind auch die kleineren europäischen Volkswirtschaften. Gemeinsam ist fast allen diesen Ländern, daß der fiskalpolitische Konsolidierungskurs in den letzten zwei Jahren

Schaubild 6



Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder *	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Waren und Dienstleistungen			Importe		
	1994	1995	1996	1994	1995	1996	1994	1995	1996	1994	1995	1996	1994	1995	1996
Deutschland	0,9	1,5	2,0	1,2	1,5	1,5	4,3	0,5	0,0	7,5	2,5	1,0	7,1	2,0	2,0
Frankreich	1,5	1,5	1,5	1,1	2,0	0,5	1,6	2,0	2,0	5,9	4,5	2,5	6,8	2,5	2,5
Italien	1,6	1,5	1,5	0,0	0,5	0,5	-0,1	6,0	4,0	10,9	12,5	6,5	9,8	8,0	5,5
Großbritannien	3,0	2,5	2,5	2,0	0,0	0,0	3,7	2,0	2,0	8,2	4,0	3,0	6,1	1,5	2,5
Spanien	0,9	2,0	2,0	0,2	0,0	0,0	1,0	5,0	3,0	17,7	7,0	4,0	11,0	6,0	5,0
Niederlande	1,7	2,0	2,0	1,0	1,0	2,0	2,7	5,0	1,5	5,1	4,5	2,5	5,3	4,5	2,5
Belgien	1,0	2,0	2,0	1,1	1,0	0,0	1,0	4,0	2,0	6,0	4,0	3,0	4,0	3,5	3,0
Schweden	0,5	0,0	0,0	-1,0	0,0	-0,5	-0,4	12,5	9,5	13,8	9,5	3,5	13,2	7,5	2,0
Österreich	2,3	2,0	1,5	2,4	1,5	1,0	5,5	4,0	2,0	4,9	4,5	3,0	7,8	5,5	2,5
Dänemark	7,0	4,5	2,0	1,1	2,0	1,5	3,1	6,0	4,0	7,6	4,0	2,5	11,7	7,5	4,5
Finnland	1,8	4,5	2,5	-0,6	0,0	0,0	-2,2	12,0	10,0	12,5	6,5	3,0	12,6	9,5	8,0
Portugal	2,0	2,5	2,5	1,0	1,5	2,0	1,0	4,0	2,0	4,5	5,5	2,0	5,0	5,0	2,0
Griechenland	1,0	1,5	1,5	0,5	0,5	0,0	0,5	7,0	3,0	5,0	3,0	3,0	3,5	3,5	3,0
Irland	4,3	4,0	3,5	4,0	3,0	2,5	7,0	8,0	5,0	13,0	9,0	6,0	11,0	8,0	5,5
EU ¹⁾	1,6	1,8	1,9	1,0	1,0	0,7	2,6	2,9	1,9	8,2	5,3	2,9	7,4	3,9	3,0
EU ohne Deutschland ¹⁾	1,9	1,9	1,8	0,9	0,9	0,4	1,8	4,2	2,9	8,5	6,1	3,5	7,5	4,5	3,4
Schweiz	1,0	0,5	0,5	0,8	1,0	0,5	5,9	5,0	2,0	3,3	2,5	2,5	9,0	5,0	1,5
Norwegen	4,4	3,0	2,0	1,0	1,0	1,5	9,0	12,0	5,0	8,5	3,5	3,5	6,5	4,0	2,0
Europäische Industrieländer ¹⁾	1,7	1,8	1,8	1,0	1,0	0,7	2,8	3,1	1,9	8,0	5,1	2,9	7,5	3,9	3,0
Europäische Industrieländer ohne Deutschland ¹⁾	1,9	1,9	1,8	0,9	0,9	0,5	2,2	4,4	2,9	8,2	5,8	3,5	7,6	4,5	3,2
USA	3,5	3,0	2,5	-1,0	0,0	0,0	10,6	8,5	2,0	9,0	11,0	9,5	13,4	11,0	7,5
Kanada	3,0	1,5	2,5	-1,7	-0,5	-1,0	7,2	1,5	1,0	14,2	10,5	4,5	10,5	8,5	3,0
Japan	2,2	1,5	1,5	2,8	2,5	0,5	-2,4	0,0	3,0	5,1	5,5	4,0	8,4	11,5	6,0
Außereuropäische Industrieländer ¹⁾	3,0	2,4	2,1	0,0	0,7	0,1	3,8	3,9	2,5	8,4	9,1	7,0	11,7	10,8	6,5
Insgesamt ¹⁾	2,5	2,2	2,0	0,5	0,9	0,4	3,4	3,6	2,3	8,2	6,7	4,5	9,2	6,7	4,4
Insgesamt ohne Deutschland ¹⁾	2,7	2,2	2,0	0,4	0,8	0,2	3,3	4,0	2,6	8,3	7,3	5,0	9,5	7,4	4,7

¹⁾ Gewichte 1994 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1994 (Jahresdurchschnitt).

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

beibehalten wurde. Für 1996 sehen die Budgetplanungen überwiegend eine weniger restriktive Finanzpolitik vor; das unerwartet schwache Wirtschaftswachstum dürfte allerdings die konjunkturbedingten Defizite wieder anschwellen lassen.

Insgesamt ist die Wirtschaft in Westeuropa durch eine zunehmende konjunkturelle Schwäche gekennzeichnet. Eine Finanzpolitik, die dieser Entwicklung entgegensteuern könnte, ist in vielen Ländern nicht möglich. Auch die Spielräume der nationalen Geldpolitik sind mit Rücksicht auf Wechselkursziele stark eingeschränkt. Ohne eine das Wirtschaftswachstum fördernde Geld- und Finanzpolitik werden sich die Arbeitsmarktp Probleme aber noch verschärfen. Reagiert die Wirtschaftspolitik jetzt falsch, ist sogar eine Rezession nicht auszuschließen. Die Wirtschaft

befindet sich gegenwärtig am Scheideweg. In unserer Prognose wird unterstellt, daß die wirtschaftspolitischen Handlungsträger rasch expansive Maßnahmen ergreifen.

Für die Finanzpolitik bedeutet dies, daß sie 1996 einer ausschließlich konjunkturbedingten Ausweitung der Budgetdefizite, die über die ursprünglichen Ziele hinausgeht, nicht entgegenwirkt und Maßnahmen unterläßt, die die Investitions- und Konsumneigung weiter beeinträchtigen könnten. Eine solche Politik erschwert nicht notwendigerweise die Erfüllung der Maastricht-Kriterien, weil diese bei einer Rezession ohnehin nicht erreichbar wären. Die Geldpolitik wird den von ihr eingeschlagenen Kurs fortsetzen. Die Wechselkurse werden sich nicht fundamental ändern.

Unter diesen Voraussetzungen könnte es im Verlauf von 1996 allmählich gelingen, die gegenwärtige Stagnation der

Wirtschaft zu überwinden und die Produktion wieder anzuregen. Doch auch ein leicht beschleunigter Produktionsanstieg im Jahresverlauf wird im Jahresdurchschnitt 1996 nur zu einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Westeuropa von etwa 2 vH führen, nach etwa 2½ vH im Vorjahr. Erst 1997 könnte das Wirtschaftswachstum wieder zu einer Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt beitragen. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte sich weiter abschwächen.

Späte Reaktion der Geldpolitik

Angesichts der konjunkturellen Abschwächung hatte die Geldpolitik in fast allen großen Industriestaaten bis zum Jahresende eine eher abwartende Haltung eingenommen. Die Gründe hierfür wie auch für deren Beurteilung sind verschieden. In Japan hat die Zentralbank bei einem Diskontsatz von nur noch 0,5 Prozentpunkten ihre Möglichkeiten weitgehend ausgeschöpft. In den USA agierte die Fed zögerlich, weil auf der einen Seite die Konjunktur gedämpft werden soll, so daß keine nachhaltige Beschleunigung des Preisauftriebs zu befürchten ist. Auf der anderen Seite soll ein Abgleiten in eine Rezession vermieden werden. Die Zentralbank hat sich bislang dafür entschieden, den Abschwungtendenzen nur vorsichtig zu begegnen. Erst in diesem Jahr ist mit merklichen Zinssenkungen zu rechnen.

Ganz anders ist die Lage in Westeuropa, dessen Volkswirtschaften am Ende eines extrem kurzen Aufschwungs stehen, der die Beschäftigungsprobleme noch nicht ein-

Schaubild 8

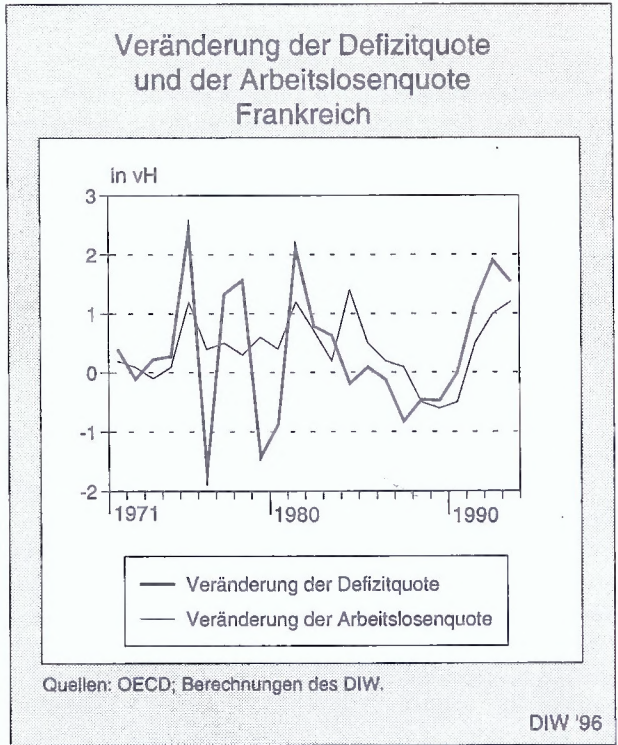
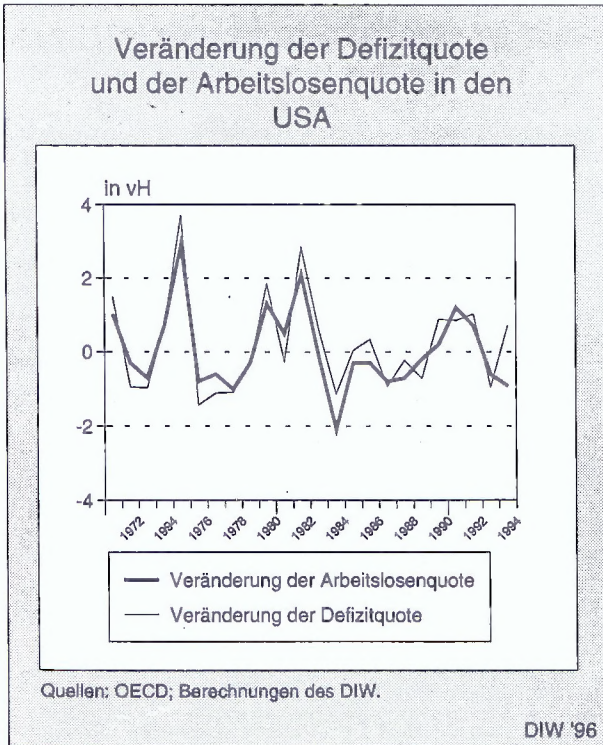


Schaubild 7



mal ansatzweise zu lindern vermochte. Der Zinsanstieg auf den internationalen Kapitalmärkten im Laufe des Jahres 1994 hat die Aufwärtsentwicklung in Westeuropa erheblich beeinträchtigt. Da sich Europa nicht frühzeitig von der Geldpolitik der USA abgekoppelt hatte, brach der Aufschwung vorzeitig ab, und dies, obwohl von Spannungen auf den Güter- und Arbeitsmärkten keine Rede sein konnte.

Der Rückgang der langfristigen Zinsen, der in den Aufwertungsländern besonders ausgeprägt war, konnte die konjunkturelle Abschwächung nicht mehr verhindern. In einigen Ländern, so vor allem in Frankreich, wirkten beide Faktoren, die Aufwertung wie auch der Zinsanstieg, bremsend auf die Konjunktur. Da sich der Preisanstieg in einer Reihe von Ländern noch verringerte, war die Entwicklung der Realzinsen vielfach sogar noch ungünstiger als die der nominalen Zinsen. Zwar gingen die kurz- und langfristigen Zinsen in Westeuropa vor allem in der zweiten Jahreshälfte des vergangenen Jahres wieder zurück. Das konjunkturelle Klima hatte sich inzwischen aber weiter verschlechtert.

Der überwiegende Teil der europäischen Länder hätte im Verlauf des Jahres 1995 eine Geldpolitik begrüßt, die auf eine raschere Senkung der nominalen und realen Zinsen gerichtet gewesen wäre. Nach Lage der Dinge hätte eine solche Politik von der Bundesbank ausgehen müssen. Diese verweigerte sich allerdings lange. Unter beschäftigungspolitischen Aspekten wäre eine Alternative dazu eine Abwertung gegenüber der D-Mark gewesen. Viele Länder lehnten aber Abwertungen ab, weil sie nicht nur Prestigeverluste, sondern auch eine Verletzung des Maas-

trichter Konvergenzkriteriums „Wechselkursstabilität“ vermeiden wollen. Angesichts der ausgeprägten Wachstumschwäche auch in Deutschland wäre eine konzentrierte Zinssenkungsaktion unter Führung der Bundesbank sinnvoll gewesen. Sie hätte zudem ohne erneute Abwertungen von Partnerwährungen deren wirtschaftliche Situation verbessert. Grundsätzlich entsprechen die jüngsten zinspolitischen Beschlüsse der Bundesbank diesem Erfordernis; nur kommen sie vielleicht zu spät, um einen spürbaren Rückschlag zu verhindern.

Fiskalpolitik im Zeichen der Konsolidierung

Die konsequente Rückführung der Haushaltsdefizite ist seit längerem das Leitmotiv fiskalpolitischer Maßnahmen in den großen Industrieländern. In Europa hat der Vertrag von Maastricht mit der Festlegung des Defizitkriteriums, nach dem ein Land, dessen Staatsdefizit mehr als 3 vH des Bruttoinlandsprodukts beträgt, nicht an der europäischen Währungsunion teilnehmen darf, energische Konsolidierungsmaßnahmen ausgelöst. Aber auch in den USA steht der Weg zu einem ausgeglichenen Bundeshaushalt im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen. Allein in Japan sieht die Fiskalpolitik ihre wesentliche Aufgabe derzeit in der Überwindung der konjunkturellen und strukturellen Krise. Dabei werden auch höhere Defizite in Kauf genommen.

Sowohl im Vertrag von Maastricht als auch in der Vereinbarung zwischen Regierung und Kongreß der USA vom November 1995 wird als Haushaltsziel eine Defizitquote vorgegeben, die zu einem bestimmten Zeitpunkt erreicht werden soll¹. Wird die Defizitquote in hohem Ausmaß von der Konjunktur beeinflusst, ist eine solche Festlegung mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, denn die Einsparungen müssen umso gravierender ausfallen, je schlechter die konjunkturelle Lage zu dem Zeitpunkt ist, zu dem das Ziel erreicht sein soll.

Am Beispiel der USA und Frankreich, wo der Haushaltskonsolidierung derzeit eine besonders hohe Priorität zugemessen wird, läßt sich die überaus große Bedeutung der Konjunktur für die Defizitquote zeigen². Für die USA erweist sich, daß die Veränderungen der Haushaltsdefizite des Staates überwiegend konjunkturell erklärt werden können. So geht eine konjunkturell bedingte Zunahme der Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt einher mit einer Zunahme der Defizitquote um ebenfalls etwa einen Prozentpunkt (Schaubild 7). Ein andauerndes Defizit, das unabhängig von Arbeitslosigkeit und Konjunktur existiert, läßt sich für die USA hingegen nicht nachweisen³. Dieses Ergebnis schließt nicht aus, daß in einzelnen Jahren Fehlbeträge entstanden sind, die nicht konjunkturell zu begründen sind. Insbesondere von 1982 bis 1986 haben die beträchtliche Steigerung der Militärausgaben und die Steuerreform von 1986 zu einer nicht konjunkturbedingten Erhöhung der Defizitquote um bis zu einem Prozentpunkt

beigetragen. Seit Ende der achtziger Jahre verringerten sich diese Effekte allerdings erheblich, so daß der fühlbare Abbau des Fehlbetrags im Bundeshaushalt⁴ seit Beginn der neunziger Jahre im und mit dem Konjunkturaufschwung vollzogen wurde. Vor diesem Hintergrund erscheinen die aktuellen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Kongreß weit überzogen.

Für Frankreich ergibt sich ein differenzierteres Bild (Schaubild 8). Hier zeigen sich mit Beginn der achtziger Jahre erhebliche strukturelle Änderungen im Verhalten des Staates⁵. Von 1971 bis 1981 wies der französische Staatshaushalt noch strukturelle Überschüsse in beträchtlicher Höhe aus; der vom DIW errechnete Wert für den langfristigen strukturellen Überschuß in diesem Zeitraum liegt bei etwa 3,5 vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Der konjunkturelle Einfluß ist auch für die französische Haushaltsentwicklung von ähnlich großer Bedeutung wie in den USA. Für den Zeitraum von 1981 bis Anfang der neunziger Jahre lassen sich keine strukturellen Überschüsse mehr nachweisen. Vielmehr besteht eine Tendenz zu einem Ausgleich des Haushalts. Der deutliche Anstieg der Haushaltsfehlbeträge seit Beginn der neunziger Jahre spiegelt primär die schwache konjunkturelle Entwicklung wider. Damit zeigt sich in Frankreich zwar eine gegenläufige Tendenz zu den Konsolidierungsfortschritten in den USA. Aber auch in Frankreich besteht offenbar kein gravierendes Defizitproblem, das nicht mit der in den 90er Jahren entstandenen Arbeitslosigkeit zu erklären wäre.

Die Rückführung der Defizite in den USA während der letzten drei Jahre enthält denn auch einige bedeutsame Lehren für die europäischen Konsolidierungsbemühungen

¹ Laut Vertrag von Maastricht müssen die Kriterien 1997 erfüllt sein. In den USA wird ein Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2002 angestrebt.

² Die Ergebnisse basieren auf einer ökonometrischen Analyse, bei der in verschiedenen Varianten die Veränderung der Defizitquote als abhängige Variable gewählt wurde. Als erklärende Variablen wurden neben einer Konstanten die verzögerte Veränderung der Defizitquote, die verzögerte Arbeitslosenquote sowie die Veränderung der Arbeitslosenquote als Konjunkturindikatoren herangezogen. Darüber hinaus wurden gravierende institutionelle Änderungen mittels Dummy Variablen berücksichtigt. Dieser Zusammenhang wurde für den Zeitraum von 1971 bis 1993 auf der Basis von Jahresdaten analysiert. Nach den üblichen Kriterien waren die Schätzgleichungen gut spezifiziert.

³ Diese Größe ist als das um alle Konjunktur- und Anpassungseffekte bereinigte aktuelle Defizit definiert. Algebraisch erhält man den entsprechenden Wert, in dem die Veränderungsgrößen in der Schätzgleichung gleich Null gesetzt und die Gleichung nach der verzögerten Defizitquote aufgelöst wird. Da für die USA der Koeffizient der verzögerten Defizitquote nicht signifikant von Null verschieden war, läßt sich somit kein langfristiges strukturelles Defizit ermitteln.

⁴ Die Haushalte der Bundesstaaten waren während der vergangenen drei Jahre im Durchschnitt zumindest ausgeglichen.

⁵ Die ökonometrischen Schätzungen zeigen für 1981 einen Strukturbruch an.

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätig- keit und Vermögen			unselbständiger Arbeit			Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾				
	in Landeswährung									in SZR				
Länder	1994	1995	1996	1994	1995	1996	1994	1995	1996	1994	1995	1996	1994	1995
Deutschland	11,1	7,5	0,5	2,2	3,0	4,0	8,0	5,5	−0,5	−0,6	1,5	3,0	−1,2	7,6
Frankreich	8,7	6,0	2,5	2,3	4,0	4,0	5,7	3,0	1,0	−0,5	1,5	2,5	−1,0	5,5
Italien	11,6	12,0	9,5	1,7	5,0	5,5	9,2	8,5	7,0	−0,4	2,0	3,0	−5,2	−5,8
Großbritannien	20,7	6,0	5,0	3,1	5,5	5,0	16,2	3,5	3,0	−0,8	3,0	3,0	−1,3	0,0
Spanien	9,4	10,5	7,0	4,0	5,5	5,5	7,3	7,0	4,5	2,0	2,5	3,5	−5,5	2,7
Niederlande	9,7	6,5	4,0	1,8	4,0	4,0	6,9	3,5	2,0	−0,7	1,5	2,0	−1,2	7,7
Belgien	7,8	5,5	4,5	3,0	4,0	4,0	5,3	3,0	2,5	0,7	1,5	2,0	1,6	7,9
Schweden	11,2	13,5	7,0	3,5	4,5	4,5	8,8	10,0	4,5	1,3	1,0	2,5	−0,3	0,4
Österreich	9,2	9,0	9,0	3,9	3,5	3,5	6,2	6,5	6,5	1,1	1,0	1,5	0,4	7,2
Dänemark	14,2	5,5	6,5	3,2	5,5	4,5	9,3	2,5	4,0	−1,2	2,5	2,5	−1,8	8,7
Finnland	16,1	14,0	13,5	2,2	5,0	4,5	11,6	9,0	9,0	−1,7	0,0	0,5	4,8	11,5
Portugal	8,5	7,5	7,5	6,0	6,0	7,0	6,9	4,5	4,5	4,4	3,5	4,5	−1,4	7,4
Griechenland	11,3	12,5	35,0	12,0	10,5	4,0	10,8	11,0	33,0	11,4	9,0	2,5	2,7	7,6
Irland	13,5	13,0	13,5	6,5	6,5	4,5	6,6	7,0	8,0	0,0	0,5	−0,5	−0,4	1,0
EU ³⁾	11,8	8,4	5,4	2,7	4,3	4,5	8,5	5,2	2,8	−0,2	1,8	2,6	−1,4	4,3
EU ohne Deutschland ³⁾	12,0	8,7	6,9	2,8	4,8	4,7	8,7	5,0	3,9	0,0	1,9	2,5	−1,5	3,2
Schweiz	4,0	7,0	9,0	1,2	3,5	4,0	2,7	6,0	7,5	0,0	2,5	2,5	5,4	10,3
Norwegen	11,1	10,0	8,0	4,0	5,0	5,0	5,3	5,5	5,0	−1,4	1,0	2,0	−3,3	5,2
Europäische Industrieländer ³⁾	11,5	8,4	5,6	2,6	4,2	4,4	8,2	5,2	3,0	−0,2	1,8	2,6	−1,2	4,6
Europäische Industrieländer ohne Deutschland ³⁾	11,6	8,6	7,0	2,8	4,7	4,6	8,3	5,1	4,1	−0,1	1,9	2,5	−1,2	3,6
USA	7,6	8,0	8,0	5,9	5,0	4,0	3,4	4,5	5,5	1,8	1,5	2,0	−0,7	−4,7
Kanada	12,2	7,5	8,5	3,0	4,0	3,5	7,3	4,5	6,0	−1,5	1,5	1,0	−9,2	−5,6
Japan	3,0	−2,5	2,0	2,3	1,5	2,0	2,5	−3,0	0,5	1,8	1,0	0,5	8,0	5,8
Außereuropäische Industrieländer ³⁾	6,2	4,2	5,9	4,4	3,6	3,2	3,7	1,7	3,7	1,3	1,3	1,3	1,2	−1,0
Insgesamt ³⁾	8,5	6,1	5,8	3,8	3,9	3,7	6,5	3,9	3,3	0,4	1,6	2,1	−0,3	2,5
Insgesamt ohne Deutschland ³⁾	8,3	5,9	6,3	3,9	4,0	3,6	6,2	3,6	3,9	0,5	1,6	1,9	−0,1	1,5

¹⁾ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts. — ³⁾ Gewichte 1994 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1994 (Jahresdurchschnitt). Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung des SZR zugrunde liegen.

Quellen: OECD, Economic Outlook; SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

im Vorfeld einer Währungsunion. Die wichtigste ist, daß sie nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie im Konjunkturaufschwung stattfinden. Die Initiierung eines Aufschwungs gehört folglich zu den Voraussetzungen für eine erfolgreiche Konsolidierung. In den USA wurde diese Vorbedingung erfüllt, weil die Geldpolitik seit Beginn der neunziger Jahre auf Expansionskurs ging und in Verbindung mit moderaten Lohnsteigerungen monetären Spielraum für eine kräftige Aufwärtsentwicklung schuf. Der Anstieg der Steuereinnahmen und die Verminderung der Soziallasten,

die mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit einherging, wurden bei strenger Haushaltsdisziplin des Staates zur Rückführung der Fehlbeträge genutzt. Der Rückgang der Defizitquote auf einen Wert von zuletzt unter 2 vH des BIP zeigt den Erfolg dieser Strategie. In Europa ist es angesichts des konjunkturellen Rückschlags um die Chancen für eine erfolgreiche Konsolidierung zur Zeit schlecht bestellt: Zu spät schaltete die Geldpolitik auf Expansion, und zu wenig wurde der Zusammenhang zwischen Konjunktur und Defizit beachtet.

Bundesrepublik Deutschland: Gravierender wirtschaftlicher Rückschlag in Ost und West

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland hat sich in den letzten Monaten des vergangenen Jahres erheblich verschlechtert. Die Produktion in der Bauwirtschaft und in der Industrie, die seit Jahresanfang 1995 stagnierte, ist seit dem Herbst sogar rückläufig. Die Zahl der Arbeitslosen nahm seit der Jahresmitte bis Ende November saisonbereinigt um 150 000 zu. In Westdeutschland war der kräftige Aufschwung, der zu Beginn des Jahres 1994 eingesetzt hatte, schon um die Jahreswende 1994/95 ins Stocken

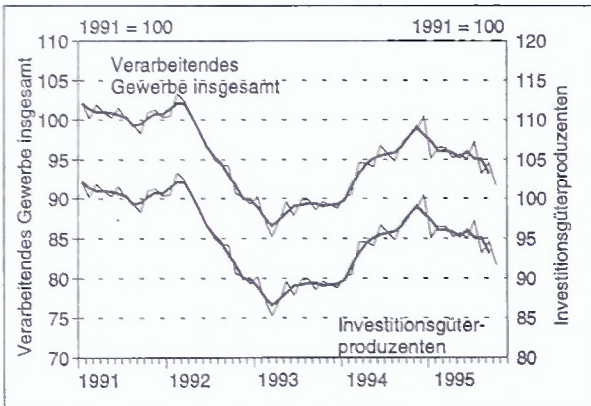
geraten; in Ostdeutschland hat sich das Tempo des Aufholprozesses merklich verlangsamt (Schaubild 1 und 2). Diese Entwicklung korrespondiert mit der Einschätzung der Unternehmen bezüglich der wirtschaftlichen Lage und der weiteren Aussichten. In Ost- wie in Westdeutschland ist eine spürbare Eintrübung des wirtschaftlichen Klimas zu konstatieren.

Bei einer Erklärung dieses Rückschlages muß einerseits im Bilde bleiben, daß nicht allein Westdeutschland mit

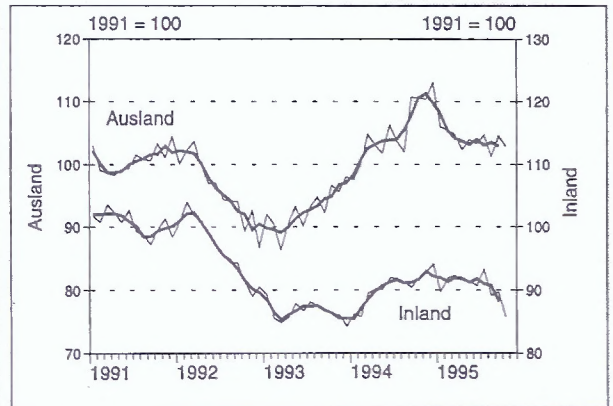
Schaubild 1

Zur konjunkturellen Entwicklung in Westdeutschland

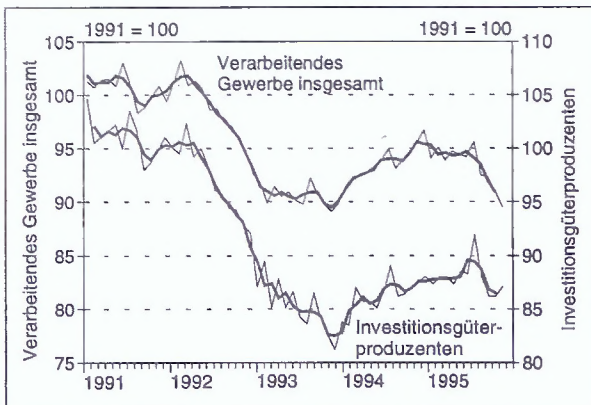
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe insgesamt¹
und bei Investitionsgüterproduzenten (Volumenindex)



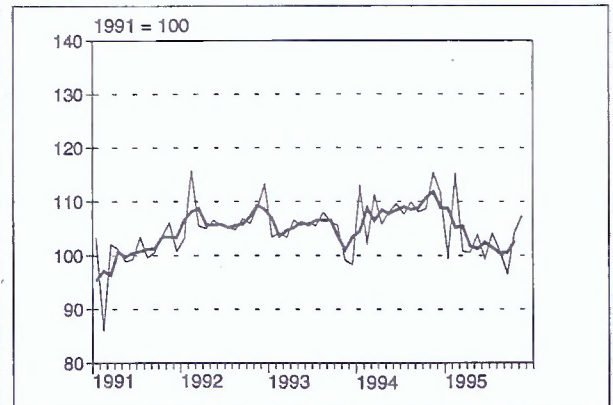
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe¹
aus dem Inland und Ausland (Volumenindex)



Produktionsindex¹ für das verarbeitende
Gewerbe und die Investitionsgüterproduzenten



Produktionsindex¹ für das
Bauhauptgewerbe insgesamt



1) Saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3) und gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

einer stark abflauenden Konjunktur konfrontiert, sondern ganz Westeuropa in ähnlicher Weise betroffen ist. Andererseits sind die spezifischen Bedingungen in Ostdeutschland zu berücksichtigen. Es muß aber auch gesehen werden, daß die erneute konjunkturelle Stockung im Westen auf die ostdeutsche Wirtschaft durchschlägt und den neu entstandenen Unternehmen sowie denen, die erstmals ohne staatliche Hilfen auskommen müssen, den Start in die Marktwirtschaft sehr schwer macht.

Der Rückschlag in der konjunkturellen Entwicklung Westeuropas kommt nicht überraschend. Im Herbst 1994 schrieb das DIW in einem Minderheitsvotum zur Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute:

„(...) das Niveau der aus Sachinvestitionen zu erwartenden Renditen [dürfte] in den USA wesentlich höher sein als in Europa, so daß ein Realzinsanstieg, der dort die Investitionstätigkeit fühlbar abbremsen kann, dies in Europa auch tun wird. (...) Im Jahr 1995 wird damit die gesamtwirtschaftliche Produktion in Westeuropa nur um reichlich 2 vH und in Westdeutschland um 1,5 vH wachsen“⁶.

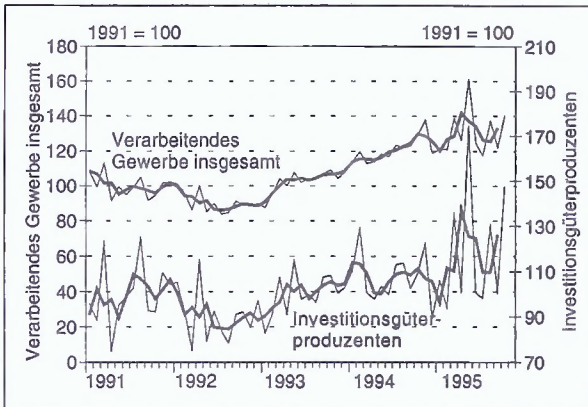
An dieser Stelle wurde die gleiche Auffassung Anfang 1995 präzisiert:

⁶ Vgl. dazu: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1994. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 43/94, S. 742.

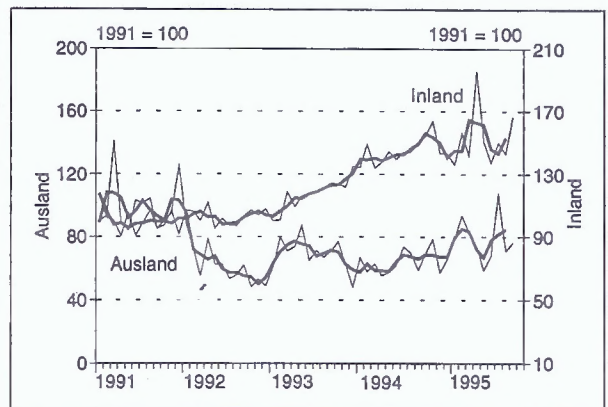
Schaubild 2

Zur konjunkturellen Entwicklung in Ostdeutschland

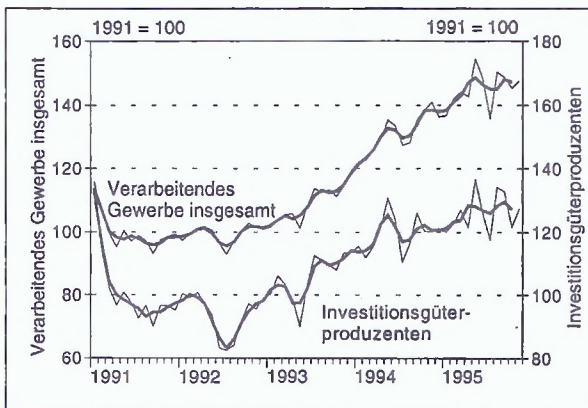
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe insgesamt¹ und bei Investitionsgüterproduzenten (Volumenindex)



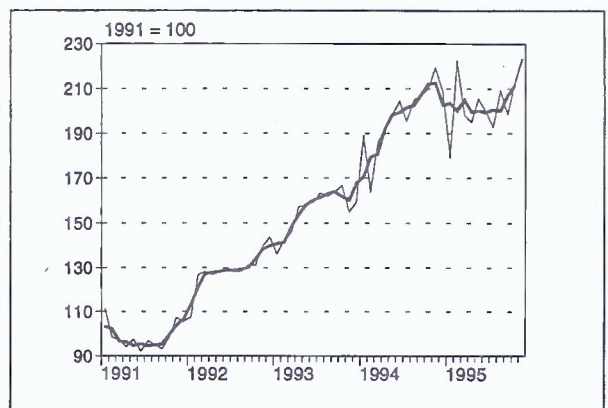
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe¹ aus dem Inland und Ausland (Volumenindex)



Produktionsindex¹ für das verarbeitende Gewerbe und die Investitionsgüterproduzenten



Produktionsindex¹ für das Bauhauptgewerbe insgesamt



1) Saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3) und gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

„(...) durch die Zinswende wurde auf breiter internationaler Front der „klassische“ Prozeß der kumulativen Aufwärtsbewegung ausgelöst, der prinzipiell in einen langen und intensiven Aufschwung einmünden kann.

Allerdings hat die Sache dieses Mal einen Haken: Der der Zinswende folgende rasche Anstieg der langfristigen Zinsen trägt den Keim der konjunkturellen Abschwächung schon in sich. In Kontinentaleuropa fallen — anders als in allen Aufschwungsphasen der jüngeren Vergangenheit — Zinswende und Beginn des Aufschwungs zusammen. (...) In Deutschland hat der Nominalzins mit 7½ % zur Jahreswende (1994, d. Verf.) ein Niveau erreicht, das bisher jeweils kurz vor Beginn einer konjunkturellen Abschwächungsphase erreicht wurde. Der Realzins ist in Westdeutschland ebenso hoch wie im Herbst 1989, einem Zeitpunkt also, von dem an die konjunkturelle Abschwächung wie in der übrigen Weltwirtschaft begonnen hätte, hätte nicht die Nachfrageexpansion im Zuge der deutschen Vereinigung die restriktiven Effekte des Geld- und Kapitalmarktes eine Zeit lang überspielt”⁷.

Diese Einschätzung hat sich als richtig erwiesen. Dagegen sind die von verschiedenen Seiten für den Rückschlag in Deutschland angebotenen Erklärungen nicht geeignet, eine konjunkturelle Schwäche zu erklären, die Westeuropa insgesamt betrifft. Das gilt insbesondere für die Aufwertung der D-Mark und den Lohnabschluß in der Metallindustrie⁸. Der Aufwertungsschub im März hat natürlich in Deutschland die Perspektiven für die Unternehmen verdüstert, und der Lohnabschluß hat das falsche Signal für die mittelfristige Ausrichtung der Lohnpolitik gesetzt. Beide Faktoren können aber die europäische Dimension des Rückschlags nicht erklären. Der Lohnabschluß in der Metallindustrie hat kein Gewicht für Europa, wo die Lohnabschlüsse im übrigen sehr moderat ausfielen, und der Aufwertung der D-Mark stehen gerade in Europa kräftige Abwertungen (Großbritannien und Italien) gegenüber. Hinzu kommt, daß der konjunkturelle Abschwung in Europa zunehmend auch Abwertungsländer erfaßt und diese Abschwächung lange vor der Aufwertungswelle für die D-Mark und den Lohnabschluß erkennbar war (Schaubild 3).

Geringe Investitionsdynamik

Als die zentrale Größe bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung haben sich auch in den vergangenen beiden Jahren die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen erwiesen. In der Tat war die Quote der Ausrüstungsinvestitionen fast unmittelbar mit Beginn der Aufwärtsentwicklung in Westdeutschland gestiegen. Doch bereits im Verlauf des letzten Jahres schwächte sich die Investitionsdynamik merklich ab, und die Quote (jetzt allerdings nur noch für Gesamtdeutschland darstellbar) sank wieder (Schaubild 4). Dieses Entwicklungsmuster für den Verlauf der Investitionstätigkeit läßt sich ebenso in vorangegangenen konjunkturellen Erholungsphasen feststellen. Auch im Anschluß an die beiden letzten Rezessionen

Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre war es zunächst zu einer Belebung der Investitionstätigkeit und danach zu einem Rückschlag gekommen. In diesen beiden Fällen waren jeweils staatliche Investitionszulagen mit einem „Buckel“ beim Kapitalmarktzins zusammengetroffen.

Diesmal gab es keine staatlichen Anregungen. Allerdings war der „Buckel“ am Kapitalmarkt wesentlich ausgeprägter als damals und hatte zudem nicht nur Auswirkungen auf die deutsche Investitionstätigkeit, sondern brachte europaweit wegen der Erwartungen der Investoren, daß die Kapitalmarktzinsen längere Zeit steigen werden, eine rasche Belebung der Nachfrage nach Investitionsgütern mit sich. Schon vor einem Jahr war an dieser Stelle die Vermutung geäußert worden, daß aus diesem Grund der Impuls der Zinswende von Anfang 1994 wie eine „staatliche Investitionszulage“ wirken werde. Die jetzt eingetretene Abschwächung der Investitionstätigkeit, die wiederum nicht nur in Deutschland, sondern in den meisten Ländern Westeuropas zu beobachten ist, bestätigt diese Einschätzung. Allerdings wurden in Deutschland die Gewinnerwartungen der Unternehmen durch die Aufwertung zusätzlich gedämpft, während in den Abwertungsländern die besseren Nachfrage- oder Gewinnperspektiven dem Effekt der Zinserhöhung entgegengewirkt haben.

Der mittlerweile eingetretene Rückgang der lang- und kurzfristigen Zinsen verstärkt die abwartende Haltung der Investoren, die nach einer raschen Gewinnverbesserung im Verlauf von 1994 und Anfang 1995 nunmehr befürchten müssen, daß der konjunkturelle Rückschlag die Gewinnentwicklung empfindlich dämpft. Dieser Effekt ist in der Industrie, für die aktuelle Daten vorliegen, schon zu beobachten. Dort waren die Gewinne im Zuge des Aufschwungs seit Anfang 1994 sehr kräftig gestiegen, was sich am Index des Stückgewinns im verarbeitenden Gewerbe ablesen läßt (Schaubild 5). Mit der stagnierenden Produktion seit Beginn des vergangenen Jahres, damit verhaltenerem Produktivitätszuwachs und stärker steigenden Löhnen verloren die Gewinne im Verlauf von 1995 erheblich an Boden. Nimmt man mit ins Bild, daß sich in der Industrie die Erwartung über die zu erzielenden Verkaufspreise nach der monatlichen Umfrage des ifo Instituts teilweise, so insbesondere im Grundstoff- und Produktionsgüter produzierenden Gewerbe, dramatisch verschlechtert haben, dürfte sich die Gewinn-Zins-Relation in der zweiten Hälfte des Jahres 1995 trotz des Rückgangs der langfristigen Zinsen erheblich zu Lasten der Investitionen in Sachkapital entwickelt haben.

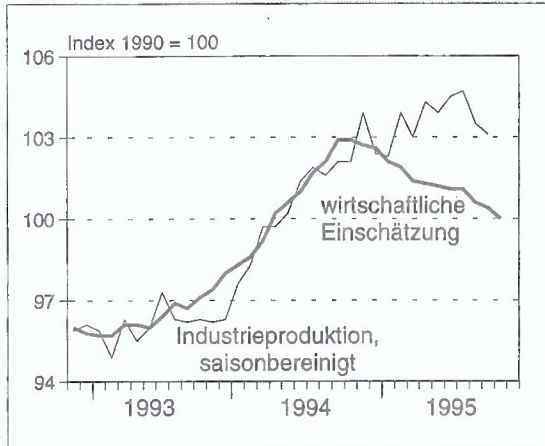
Dies bedeutet, daß auch 1996 keine durchgreifende Investitionsbelebung zu erwarten ist, falls nicht von seiten der Geldpolitik weitere Anstrengungen zur Senkung des

⁷ Vgl. dazu: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1/95, S. 9-11.

⁸ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1995/96, Ziffer 59.

Schaubild 3

Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung und saisonbereinigte Industrieproduktion in der Europäischen Gemeinschaft



Quellen: Konjunkturumfragen Europäische Kommission; OECD, Main Economic Indicators.

DIW '96

Zinsniveaus unternommen werden. Die Ausrüstungsinvestitionen werden in Deutschland insgesamt im Jahresdurchschnitt nur um 2½ vH zulegen. Im Verlauf des Jahres verstärkt sich aber die Investitionstätigkeit, da die positive Zinsstruktur nach und nach ihre anregende Wirkung entfalten wird.

Da ähnliche Überlegungen für die meisten europäischen Länder und die Vereinigten Staaten gelten und zudem die Folgen der Aufwertung bis in dieses Jahr hinein nachwirken, kann die deutsche Industrie von den Auslandsmärkten keine Kompensation für die schwache Inlandsnachfrage erwarten. Hinzu kommt, daß der neben den Investitionsgüterherstellern zweitgrößte Bereich im Export, die Hersteller von Grundstoffen und Produktionsgütern, zuletzt verstärkt in den Abwärtssog der Weltkonjunktur geraten sind, zumal hier lagerzyklische Effekte den Auf- und den Abschwung verstärkt haben. Insgesamt dürften die deutschen Warenexporte 1996 im Jahresdurchschnitt real nur um 1,5 vH expandieren. Und dies ist auch nur dann möglich, wenn es nach der Jahreswende rasch zu einer Belebung der Exportmärkte kommt. In der hier vorgelegten Prognose wird unterstellt, daß die Exporte angesichts bis zuletzt rückläufiger Auftragseingänge aus dem Ausland im ersten Quartal dieses Jahres noch einmal leicht sinken, aber schon im zweiten Jahresviertel und stark beschleunigt im zweiten Halbjahr 1996 steigen. Eine solche Entwicklung ist nur zu erwarten, wenn es zu einer durchgreifenden Änderung der Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa kommt.

Die Sonderkonjunktur der Bauwirtschaft läuft in Ost- und Westdeutschland aus. Mehr als die Hälfte der Bauinvesti-

tionen stammen aus dem Wohnungsbau — einem Sektor also, der von institutionellen Regelungen wesentlich geprägt ist und der insofern eine von anderen Bereichen abgekoppelte, eigene Dynamik aufweist. Das Auslaufen des Schuldzinsenabzugs für Neubauwohnungen zum Jahreswechsel 1994/95 und die Diskussion um die Neuregelung der steuerlichen Förderung⁹ haben 1994 zu Vorzieheffekten und 1995 zu entsprechend rückläufiger Nachfrage im westdeutschen Wohnungsbau geführt. Auch 1996 wird sich die Nachfrageschwäche weiter fortsetzen. Im Jahresdurchschnitt ist mit einer Abnahme um real 6 vH zu rechnen. Der ostdeutsche Wohnungsbau wird 1996 vom Fertigstellungsdruck aufgrund der befristeten Sonderabschreibung bestimmt und nimmt noch einmal kräftig zu (+10 vH), so daß für Deutschland insgesamt ein Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen von 2½ vH zu erwarten ist. Die öffentlichen Bauinvestitionen, die bereits im vergangenen Jahr um 2½ vH sanken, werden aufgrund der leeren Kassen der öffentlichen Haushalte dieses Jahr verstärkt abnehmen (–4 vH). Auch in Ostdeutschland ist ein Minus zu befürchten.

Nur wenig anders ist die Situation im Wirtschaftsbau. Der nur leichte Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen im vergangenen Jahr war mit einer weiteren Abnahme der Investitionen im westdeutschen Wirtschaftsbau einhergegangen: Die Leerstände bei Büro- und Verwaltungsgebäuden hatten die Renditeerwartungen der Investoren ebenso wie der kräftige Zinsanstieg im Verlauf des Jahres 1994 gedrückt. In diesem Jahr dürfte aber das niedrigere Zinsniveau eine Stabilisierung der Nachfrage der Wirtschaft nach Bauten mit sich bringen. Der Auftragseingang im ostdeutschen Wirtschaftsbau war in der zweiten Jahreshälfte 1995 allerdings etwas schwächer als vorher, so daß hier mit einer Stagnation zu rechnen ist. Für den Wirtschaftsbau in Deutschland ergibt sich insgesamt ein leichtes Plus von ½ vH. Alles in allem werden die Bauinvestitionen 1996 um knapp 2 vH sinken¹⁰.

Die Hoffnungen auf eine konjunkturelle Belebung stützen sich auf den privaten Verbrauch. Die Lohn- und Transfereinkommen (Masseneinkommen) der privaten Haushalte werden 1996 mit 3 vH — das sind etwa 47 Mrd. DM — doppelt so rasch expandieren wie im Jahre 1995. Etwa 10 Mrd. DM sind auf Entlastungseffekte von Seiten der öffentlichen Hand zurückzuführen¹¹. Dabei saldier-

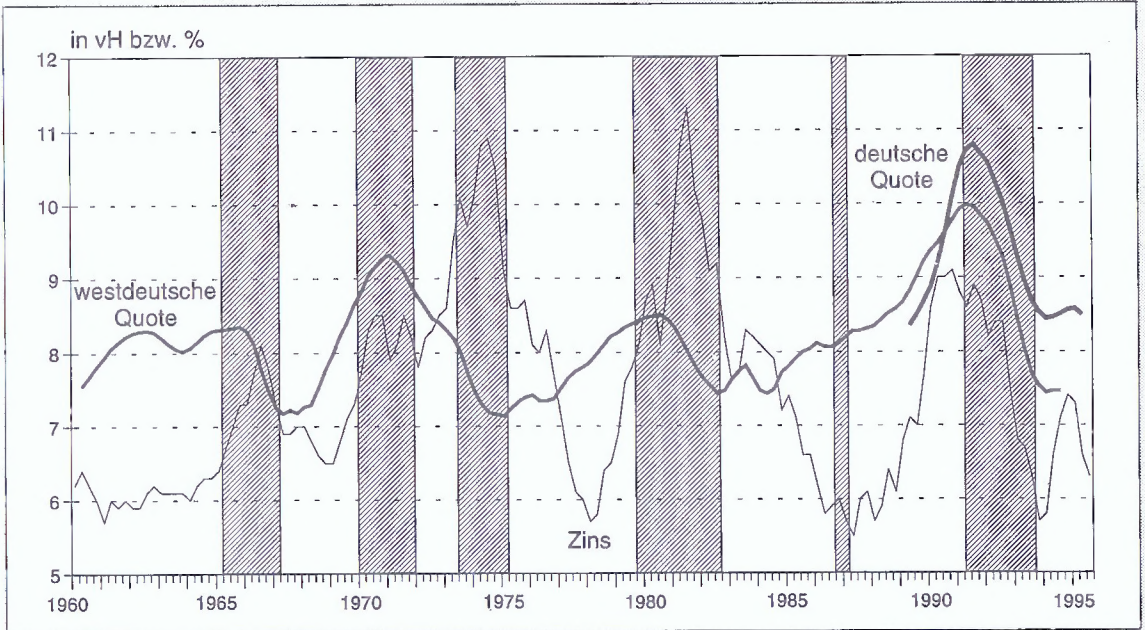
⁹ Vgl. Neuregelung der Wohneigentumsförderung. Bearb.: Stefan Bach und Bernd Bartholmai. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 39/95.

¹⁰ Zu ausführlicheren Begründungen der Prognose der Bauinvestitionen vgl. Bauwirtschaft: Abschwächung der Nachfrage in West- und Ostdeutschland bei noch deutlichem Produktivitätsgefälle. Bearb.: Bernd Bartholmai und Friederike Spiecker. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 48/95.

¹¹ Die Entlastung der privaten Haushalte durch die Abschaffung des Kohlepfennigs — sie belaufen sich auf etwa 2 Mrd. DM — wirkt sich indirekt über die Preisveränderung auf den Verbrauch aus.

Schaubild 4

Ausrüstungsinvestitionsquote¹ und langfristiger Zins²



Phasen konjunktureller Abschwächung. Neuberechnung des DIW mit Hilfe des geglätteten saisonbereinigten Auslastungskoeffizienten der Unternehmen ohne Wohnungsvermietung. 1991: Auslaufen der Sonderkonjunktur im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung.

1) Ausrüstungen bezogen auf Bruttoinlandsprodukt; geglättete, saisonbereinigte Werte (BV4). - 2) Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere insgesamt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW.

DIW '96

ren sich Entlastungen von 20 Mrd. DM (Jahressteuergesetz 1996) mit Belastungen von reichlich 8 Mrd. DM (Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge). Die effektiven Stundenverdienste dürften etwas schwächer steigen als 1995, die schlechte konjunkturelle Entwicklung einerseits und die moderate Preisentwicklung andererseits werden 1996 zu niedrigeren tariflichen Neuabschlüssen führen. Da sich aber gleichzeitig der Abbau der Beschäftigung nicht mehr in dem hohen Tempo wie 1995 fortsetzen wird, dürften die Bruttolöhne und -gehälter etwas rascher expandieren. Schwächer als 1995 wird die Zunahme der öffentlichen Transferleistungen, insbesondere der Renten, ausfallen; hier wirkt die Nettolohnanpassung dämpfend.

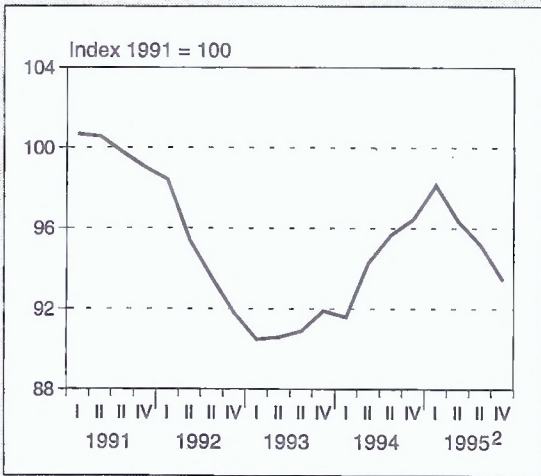
Dem beschleunigten Anstieg der Masseneinkommen steht allerdings wegen der zu erwartenden schlechteren Gewinnentwicklung eine deutliche Verlangsamung des Zuwachses bei den entnommenen Gewinn- und Vermögenseinkommen gegenüber. Insgesamt werden daher die verfügbaren Einkommen vermutlich mit reichlich 4 vH —

nur wenig mehr als im Vorjahr (3,5 vH) — steigen. Real entspricht dies einem Anstieg um etwa 2 vH. In gleicher Größenordnung wird der reale private Verbrauch expandieren, falls sich die Sparneigung der privaten Haushalte auf dem am Jahresende 1995 erreichten niedrigen Niveau hält. Nicht ausgeschlossen ist jedoch, daß die Unsicherheit hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation, Angst vor Arbeitslosigkeit sowie vor weiteren Kürzungen im Sozialbereich zu einem Anstieg der Sparquote führt.

Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in diesem Jahr nur um 1 vH zunehmen. Im späteren Verlauf des Jahres dürfte sich das Wachstumstempo deutlich beschleunigen (Schaubild 6). Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich zunächst weiter verschlechtern. Bei einer weiterhin leicht rückläufigen Zahl der Erwerbstätigen dürfte die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt deutlich zunehmen und zwar um 250 000. Die Arbeitslosenquote (in vH der erwerbstätigen Inländer) steigt von 9,4 vH im vergangenen Jahr auf 10 vH.

Schaubild 5

Index des Stückgewinns¹ der westdeutschen Industrie



1) Index der Erzeugerpreise gewerblicher Erzeugnisse in Relation zu den Lohnstückkosten (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu Bruttowertschöpfung in Preisen von 1991) im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands, saisonbereinigt (BV4). - 2) Zum Teil geschätzt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW '96

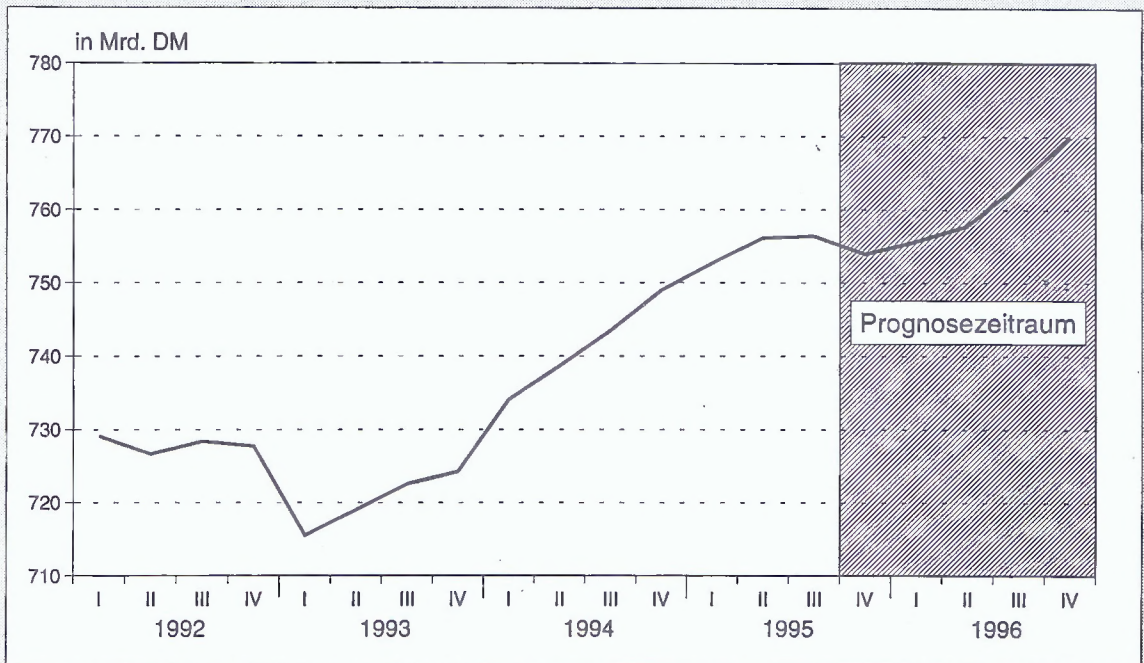
Die ostdeutsche Wirtschaft am Wendepunkt

Die Zeichen für eine deutliche Abschwächung des Wachstums der ostdeutschen Wirtschaft mehren sich: Schon seit Anfang letzten Jahres hat die Bauwirtschaft, die über drei Jahre lang der Motor des Aufschwungs gewesen war, erheblich an Dynamik eingebüßt. Seit Mitte 1995 bahnt sich auch in der Industrie eine Trendwende an; Produktion und Auftragseingänge stocken (vgl. Schaubild 2). Klar erkennbar ist die verminderte Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung auch am Arbeitsmarkt. War die Zahl der Arbeitslosen nach Ausschaltung von Saisonschwankungen vom Frühjahr 1994 an kontinuierlich gesunken und die der offenen Stellen gestiegen, ließ der Schwung danach merklich nach; im Herbst 1995 war die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit Juni 1994 höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Zwar hängt dies zum Teil mit der Rückführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zusammen, jedoch nimmt die Bereitschaft, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen, mehr und mehr ab: Die Zahl der offenen Stellen liegt seit einigen Monaten unter dem Vorjahresstand.

Setzen sich diese Tendenzen fort, was zu befürchten ist, wird in diesem Jahr die ostdeutsche Wirtschaft nur noch um 4 vH wachsen. Berücksichtigt man gar die absehbare kräftige Verminderung der Aktivität im Wohnungsbau im kommenden Jahr, ist die Fortsetzung des Aufholprozesses ernsthaft gefährdet. Zwei Gründe für diesen Verlust an

Schaubild 6

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland¹



1) Vierteljahreswerte; saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4), in Preisen von 1991.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW '96

Dynamik liegen unmittelbar nahe. Zum einen schlägt die konjunkturelle Verlangsamung im Westen auf die neuen Bundesländer durch. Zum anderen aber nehmen die staatlichen Impulse via Finanztransfers aus dem Westen ab; einschließlich der Ausgaben der Treuhandanstalt (bis 1994) haben sie sich nominal bei etwa 200 Mrd. DM eingependelt. Eine nominal konstante Fördersumme vermag aber höchstens dazu beizutragen, das im Zuge der anfänglich ausgelösten Impulse erreichte Produktionsniveau für einige Zeit zu halten, nicht aber, es andauernd zu erhöhen. Zusätzliche Effekte gehen von dieser Förderung nicht mehr aus. Das Gegenteil ist der Fall: Diese Transfers werden von steigenden konsumtiven Leistungen mehr und mehr absorbiert, während der Anteil der Transfers sinkt, die der Investitionstätigkeit zugute kommen¹². Hier eine durchgreifende Umschichtung zugunsten investiver Transfers in Gang zu bringen, ist praktisch nicht möglich.

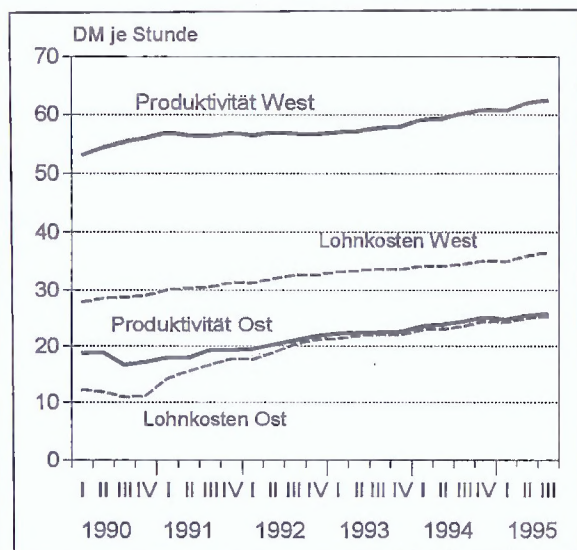
Die Rückführung der Transfers wäre unproblematisch, wenn sich seit der Wende soviel Eigendynamik in der ostdeutschen Wirtschaft entwickelt hätte, daß mit einem selbsttragenden Wachstum gerechnet werden könnte. Das ist nicht der Fall. Die Achillesferse der Wirtschaft in den neuen Bundesländern waren von Anfang an die Gewinne. Die Produktivitätszuwächse reichten bei der raschen Angleichung der Löhne trotz der massiven Freisetzung von Beschäftigten nie aus, den für eine Marktwirtschaft normalen Abstand zwischen der Produktivität und dem Lohn herzustellen. Auf dem Schaubild 7 kann man deutlich den erheblichen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland erkennen. Im Westen schafft der Abstand zwischen einem Lohn von etwa 40 DM pro Stunde und einer Produktivität von über 60 DM pro Stunde immerhin die notwendige, wenn auch nicht die hinreichende Bedingung für eine Investitionsdynamik, die im Prinzip zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen kann.

In Ostdeutschland gibt es — trotz des Aufschwungs — keinen Gewinn pro Stunde im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft. Damit kann es auch keine Dynamik der Investitionstätigkeit ohne staatliche Anreize geben. Wann immer die staatlichen Impulse nachlassen, muß die ostdeutsche Wirtschaft einen gravierenden Rückschlag erleiden. Im besten Fall erreicht sie dabei den westdeutschen Wachstumspfad, im schlimmsten Fall drohen Stagnation oder gar Rezession. Ostdeutschland muß aber schneller wachsen als Westdeutschland, also aufholen, sollen die Lebensbedingungen in Ost und West angeglichen und die Transfers abgebaut werden.

Trotz aller Reformen, trotz der raschen Einführung der rechtlichen und institutionellen Bedingungen einer marktwirtschaftlichen Ordnung im Jahre 1990 ist die ostdeutsche Wirtschaft auch heute — fünf Jahre danach — noch keine funktionierende Marktwirtschaft. Zu einer funktionierenden Marktwirtschaft gehören Gewinne nicht nur bei einzelnen Unternehmen, sondern auch im Durchschnitt der Unternehmen. Gelingt es nicht, einen lohnpolitischen Kurs einzuschlagen, der Gewinne auf der gesamtwirtschaftli-

Schaubild 7

Lohnkosten¹ und Produktivität² in West- und Ostdeutschland



1) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je geleisteter Arbeitsstunde, saisonbereinigt (BV4). — 2) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1991 je geleisteter Arbeitsstunde, saisonbereinigt (BV4).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW '96

chen Ebene ermöglicht, wird der Staat noch lange die treibende Kraft des Aufschwungs Ost bleiben müssen. Zu einem Abbau der Transfers darf es in den nächsten Jahren auf keinen Fall kommen; angesichts der akuten Schwäche der Wirtschaft in den neuen Bundesländern kann sogar eine Aufstockung notwendig werden.

Konjunktur und Arbeitsmarkt

Mit der Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland ist es auch zu einer Trendwende am Arbeitsmarkt gekommen. Die Belegung der Arbeitsnachfrage, bei der 1994 die Zahl der Arbeitslosen von Monat zu Monat gesunken, und die Zahl der offenen Stellen gestiegen ist, war zur Jahreswende 1994/95 verblüht. Die Zahl der offenen Stellen ging in Ost- und Westdeutschland seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres zurück, und die Zahl der Arbeitslosen hat seit dem Frühjahr wieder zugenommen. Im Herbst hat sich dieser Anstieg sogar beschleunigt.

Bei nur schwachem Wachstum in diesem Jahr ist am Arbeitsmarkt keine durchgreifende Wende zum Besseren zu erwarten. Die Arbeitslosigkeit wird sogar steigen. Damit

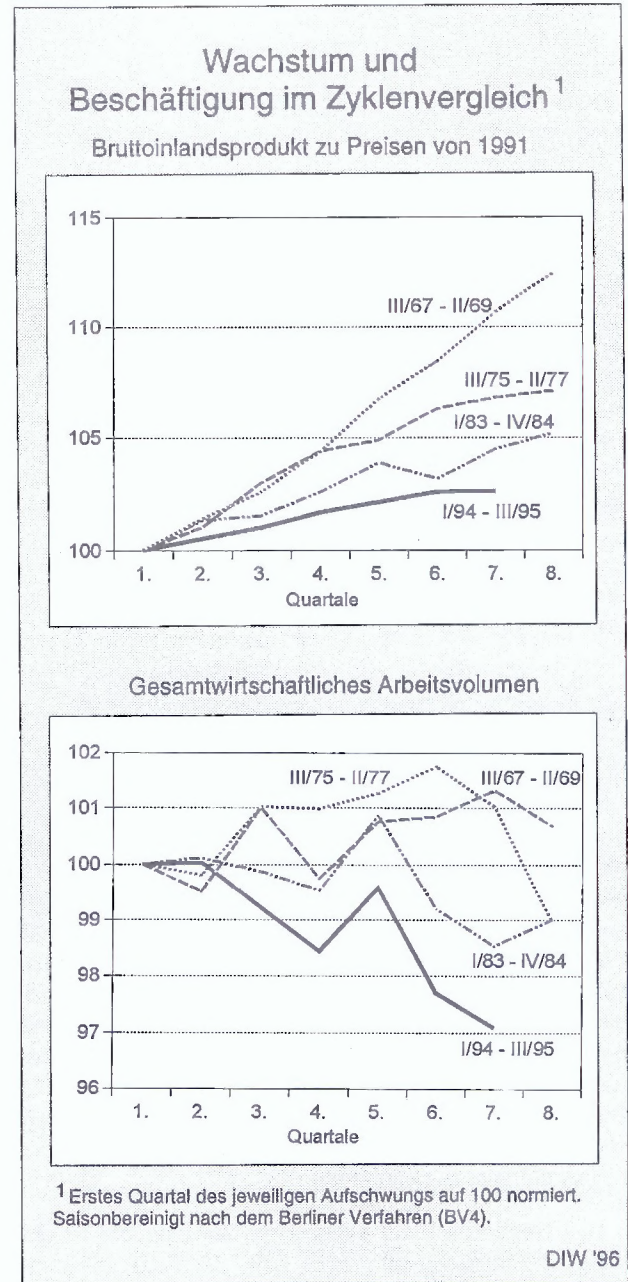
¹² Vgl. dazu auch: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1995. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 42-43/95, S. 733 ff.

schwindet für viele Arbeitnehmer, die während oder nach der Rezession 1993 arbeitslos geworden waren, die Chance, rasch wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Auf diese Weise wird aus Arbeitslosigkeit, die infolge eines konjunkturellen Einbruchs entstanden ist, Dauer- oder „strukturelle“ Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit auf das Niveau zu senken, das in Westdeutschland vor der Rezession im Jahr 1992 erreicht worden war, erfordert einen Kraftakt der Wirtschaftspolitik, der dem im Vereinigungsboom ähnlich sein müßte. Es genügt einfach nicht, Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsangebots in die Wege zu leiten, die Zumutbarkeitsschwellen für die Aufnahme von Arbeit zu senken oder die Arbeitslosenhilfe zu kürzen. Die wirtschaftliche Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg in Westdeutschland zeigt vielmehr, daß Arbeitslosigkeit nur in Phasen hoher wirtschaftlicher Dynamik, die vor allem Investitionsdynamik ist, abgebaut werden kann. Die deutsche Vereinigung belegt, daß dann auch langanhaltende, strukturell verhärtete Arbeitslosigkeit spürbar eingedämmt werden kann.

Vor diesem Hintergrund ist es mehr als erstaunlich, daß die Wirtschaftspolitik immer wieder den Eindruck zu erwecken versucht, ein verkrusteter und unbeweglich gewordener Arbeitsmarkt führe dazu, daß der Aufschwung neuerdings am Arbeitsmarkt vorbeigehe. Tatsächlich ist aber die Aufwärtsentwicklung so schwach, daß sie am Arbeitsmarkt vorbeigehen muß. Vergleicht man die Aufschwungsphasen der Nachkriegszyklen in Westdeutschland, zeigt sich im Zusammenspiel von Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und Entwicklung des Arbeitsvolumens eine klar erkennbare Rangfolge der einzelnen Zyklen (Schaubild 8). Nur in der Erholungsphase von Ende 1967 bis 1969 war — bei einem Wachstum von insgesamt 12 vH — acht Quartale nach dem Tiefpunkt das Arbeitsvolumen höher als zu Beginn des Aufschwungs. Nach der Rezession Mitte der siebziger Jahre stieg zwar zu Beginn des Aufschwungs bei hohen Wachstumsraten im Jahre 1976 die Beschäftigung zunächst sehr stark. Schon Mitte 1977 aber gab es einen schweren Rückschlag, das Arbeitsvolumen sank wieder. Insgesamt nahm das Bruttoinlandsprodukt bis Mitte 1977 um 7 vH gegenüber dem zweiten Halbjahr 1976 zu.

Äußerst schwach begann bereits der Aufschwung zu Anfang der achtziger Jahre. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts ging in den ersten acht Quartalen nicht über 5 vH hinaus; das Arbeitsvolumen stieg nur zu Beginn leicht, am Ende der betrachteten zwei Jahre lag es aber — wie 1977 — um 1 vH unter seinem Ausgangspunkt. Das Schlußlicht bildet die konjunkturelle Erholung in den vergangenen beiden Jahren. Das reale Bruttoinlandsprodukt liegt nach sieben Quartalen gerade 2½ vH über dem Ausgangswert¹³. Das Arbeitsvolumen ist fast durchgängig gesunken und unterschreitet das Niveau vom Beginn der Erholungsphase um 3 vH. Dieses Ergebnis legt den Schluß nahe, daß die Wachstumsschwäche für den aus-

Schaubild 8



bleibenden Erfolg am Arbeitsmarkt ausschlaggebend ist, nicht aber Verkrustungen des Arbeitsmarktes.

¹³ Dabei ist noch in Rechnung zu stellen, daß die Werte für 1995 mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sind, die sich aus der Umstellung der amtlichen Statistik für das produzierende Gewerbe ergeben haben. Das Statistische Bundesamt hat für eventuelle Untererfassungen der tatsächlichen Werte hier vor allem für das erste Quartal 1995 eine deutliche Zuschätzung vorgenommen. Ob diese berechtigt ist, wird sich erst später herausstellen. Vgl. dazu auch: Zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland im ersten Halbjahr 1995. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 39/95, S. 682 ff.

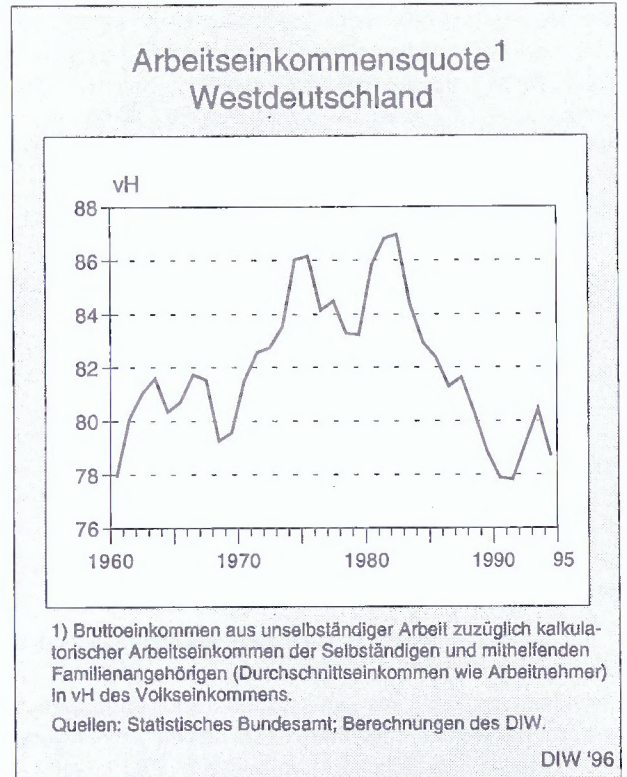
Angebotspolitik und Arbeitsmarkt

Welche Rollenverteilung die Wirtschaftspolitik wählt, um kräftige Impulse für eine Wachstumsbelebung zu geben, ist eine offene Frage. Die Vergangenheit und der internationale Vergleich zeigen, daß ganz unterschiedliche Kombinationen von Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik geeignet sind, ausreichend starke Anreize für eine rasche Ausweitung der Investitionstätigkeit zu geben. Klar sollte jetzt aber sein, daß der Ansatz, der sich darauf beschränkt, die Angebotsbedingungen via Entlastung der Unternehmen von Lohnkosten und Steuern zu verbessern, scheitern muß. Die Angebotsbedingungen waren in Westdeutschland zu Beginn der neunziger Jahre und auch zu Beginn des Aufschwungs im Jahre 1994 gut¹⁴: Die Kapitalrendite, wie sie der Sachverständigenrat ausweist, hatte 1994 — nach dem konjunkturbedingten Rückschlag im Jahre 1993 — bereits wieder ein Niveau erreicht wie Anfang der siebziger Jahre. Der Anteil der Gewinne am Volkseinkommen ist seit Beginn des Aufschwungs 1982 bis 1990 ständig gestiegen, auch die Belastung der Unternehmen mit Steuern war in dieser Zeit stark rückläufig.

Noch zu Beginn der achtziger Jahre lag der Anteil der Gewinnsteuern (veranlagte Einkommensteuer¹⁵, Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Gewerbesteuer, Vermögensteuer) an den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bei 37 vH, 1995 betrug er dagegen nur noch rund ein Viertel. Zu dieser Entwicklung trugen nicht nur die Senkung der Steuersätze für gewerbliche Einkünfte bzw. für einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne der Kapitalgesellschaften oder der Wegfall der Lohnsummensteuer bei. Eine gewichtige Rolle spielten auch verbesserte Abschreibungsbedingungen, die Gewährung von Investitionszulagen (insbesondere seit der Vereinigung) sowie die im Rahmen des Standortsicherungsgesetzes gegebene Möglichkeit, vor 1990 gebildete Rücklagen nun auszuschütten und die Differenz zwischen alter Tarifbelastung und aktuellem Ausschüttungssatz vom Fiskus erstattet zu bekommen.

Das Gegenstück zur steigenden Gewinnquote ist ein kräftiger Rückgang der Lohn- bzw. der Arbeitseinkommensquote (Schaubild 9). Die Arbeitseinkommensquote war mit 78 vH in den Jahren 1993 und 1995 etwa auf dem gleichen Stand wie 1961, nachdem sie in der Rezession Mitte der siebziger Jahre und Anfang der achtziger Jahre bei über 85 vH gelegen hatte. Auf die Investitionstätigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen hatte diese enorme Verschiebung der Verteilungsrelationen keinen durchgreifenden Einfluß. Die Relation der Ausrüstungsinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt ist in der ersten Hälfte der achtziger Jahre nach einigen Rückschlägen nur wenig gestiegen. Erst Ende der achtziger Jahre, als die Notenbanken weltweit die Zinsen auf historische Tiefstände setzten und damit einen Investitionsboom in allen Industrieländern auslösten, stieg die Investitionsquote kräftig (vgl. Schaubild 4). Verstärkt wurde diese Entwicklung in Deutschland

Schaubild 9



von 1990 an durch den Vereinigungsboom, der für Westdeutschland nichts anderes als ein staatliches Nachfrageprogramm war. Im Jahre 1991 erreichte die Quote der Ausrüstungsinvestitionen mit 10 vH in Westdeutschland ihren Höchststand seit dem 2. Weltkrieg. Die guten Angebotsbedingungen und das Nachfrageprogramm „Deutsche Einheit“ konnten freilich einen Einbruch der Investitionstätigkeit infolge der fortwährend restriktiven Wirkungen der Geldpolitik nicht verhindern. Schon 1993/94 lag die Quote der Ausrüstungsinvestitionen in Westdeutschland mit 7½ vH fast auf dem gleichen niedrigen Niveau wie in den großen Rezessionen zuvor. Damals aber waren die „Angebotsbedingungen“ wesentlich schlechter gewesen.

Diese Konstellation guter Angebotsbedingungen auf der einen Seite und einer weltweiten Belebung der Konjunktur auf der anderen Seite hat viele Beobachter dazu verleitet, für 1995 und 1996 auf ein vornehmlich von den Aus-

¹⁴ Das läßt sich etwa daran ablesen, daß die Gewinn-Erlös-Relation, die der Sachverständigenrat regelmäßig mit der Investitionstätigkeit in einen engen Zusammenhang bringt, im Jahre 1994 in Westdeutschland etwa den gleichen Wert aufwies wie 1989, dem letzten Jahr des vorangegangenen Aufschwungs. Damals hatte der Sachverständigenrat angesichts einer beeindruckenden Investitionsdynamik geschrieben: „Die Angebotsbedingungen sind gut, und sie werden aller Voraussicht nach gut bleiben“. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1989/90, Ziffer 203.

¹⁵ Kassenergebnis plus Erstattungen nach § 46 EStG.

rüstungsinvestitionen getragenes Wachstum zu setzen. So stellte etwa der Sachverständigenrat im Herbst 1994 fest:

„Dreh- und Angelpunkt bei Investitionsentscheidungen sind Renditeüberlegungen. Investitionen in Sachkapital müssen sich lohnen, auch im Vergleich zu Anlagen an den Finanzmärkten. Viele Unternehmen machen im operativen Geschäft inzwischen wieder gute Gewinne. Das sollte ein hinreichender Anreiz sein, das verdiente Geld, statt es auf die Bank zu legen, in die Betriebe zu stecken, um veraltete Anlagen zu erneuern oder zu modernisieren, oder um die Kapazitäten zu erweitern (...). Die Verbesserung der Ertragslage ist das Ergebnis energischer Anstrengungen zur Kostensenkung. Die Unternehmen haben ihre Betriebe durchrationalisiert. Sie haben den Produktionsapparat modernisiert, die Fertigung „schlanker“ gemacht, die Logistik reorganisiert sowie den Vertrieb und die Verwaltung gestrafft. Dabei konnten sie oftmals große Produktivitätssprünge realisieren. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die hohe Modernisierungs- und Rationalisierungswelle plötzlich abebbt. Manches Unternehmen hat erst in der Rezession entdeckt, über welches Neuerungspotential es verfügt(...). Es entspricht dem üblichen zyklischen Muster, daß in der Frühphase des Aufschwungs vor allem die Ausrüstungsinvestitionen kräftig expandieren. Das hängt damit zusammen, daß dann die Unternehmen in der gewerblichen Wirtschaft geballt neue Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge sowie Geräte zur Informationsverarbeitung und -übertragung kaufen — fast drei Viertel der Anlageinvestitionen im Unternehmensbereich sind Ausrüstungsgüter. Wir rechnen damit, daß die Ausrüstungsinvestitionen im Durchschnitt des Jahres 1995(...) in den alten wie in den neuen Bundesländern um 8½ vH bis 9 vH höher sein werden als im Durchschnitt [des Jahres 1994, d. Verf.](...). Auch die Einfuhr von Investitionsgütern zieht merklich wieder an. Es spricht nichts dafür, daß es sich dabei um ein „Strohfeuer“ handeln könnte, denn die Entwicklung weist nun schon seit Anfang des Jahres ziemlich stetig nach oben“¹⁶.

Es ist ganz anders gekommen. Nach einem kurzen Anziehen der Investitionen, ist schon zur Mitte des vergangenen Jahres wieder eine Abflachung zu konstatieren. Der Aufschwung im Jahre 1994 war in der Tat ein Strohfeuer. Den einzigen konsistenten Ansatzpunkt zur Erklärung des Auf- und des Abschwungs bietet die in diesem Zyklus ganz außergewöhnliche Entwicklung der langfristigen Zinsen. Noch nie zuvor war in Deutschland und vielen anderen Industrieländern der langfristige Zins zu Beginn eines Aufschwungs so bald und so stark gestiegen (vgl. Schaubild 4). Hatte der Anstieg zunächst die rasche Belebung der Konjunktur zur Folge¹⁷, mußte bei dem erreichten Niveau der langfristigen Zinsen mit einem baldigen Abbremsen der Konjunktur gerechnet werden. Es war ja auch das Ziel der Restriktionspolitik der amerikanischen Zentralbank, die amerikanische Konjunktur zu dämpfen. Daß dabei die europäische Wirtschaft, die sich in einer viel früheren Aufschwungphase befand, mit abgebremst wurde, war nicht

beabsichtigt, aber im Grunde unvermeidbar, da die europäischen Notenbanken unter Führung der Bundesbank keinen ernstzunehmenden Abkopplungsversuch unternahmen¹⁸.

Öffentliche Finanzen

Die Konjunkturabschwächung stellt die Finanzpolitik abermals vor große Probleme. Schon im Verlauf des Vorjahres mußten die ursprünglichen Schätzansätze für das Steueraufkommen erheblich nach unten korrigiert werden. Freilich waren es damals nur zum Teil konjunkturelle Gründe, die eine Revision erforderten. Auch wurden die Wirkungen früherer Steuerentlastungen unterschätzt, so die Investitionsförderung in Ostdeutschland (Sonderabschreibungen) und die Entlastungen durch das Standortsicherungsgesetz. Geschmälert wurde das Aufkommen zudem durch hohe Steuererstattungen im Rahmen der Veranlagung des Rezeptionsjahres 1993; damals waren die Steuervorauszahlungen offenbar weniger stark gekürzt worden, als dies nach der Gewinnentwicklung zu erwarten gewesen wäre. Vor allem diesen Steuerausfällen ist es zuzuschreiben, daß das Budgetdefizit des Staates im abgelaufenen Jahr mit 118 Mrd. DM¹⁹ deutlich höher ausgefallen ist, als vor Jahresfrist vom DIW erwartet worden war (87 Mrd. DM). Auch die Sozialbeiträge sind schwächer gestiegen. Die Ausgaben entwickelten sich vor allem infolge höherer Rentenleistungen in Ostdeutschland etwas stärker als in der Schätzung unterstellt worden war.

Aus heutiger Sicht ist wenig wahrscheinlich, daß 1996 die staatlichen Haushaltsdefizite in dem Maße verringert werden können, wie noch im Herbstgutachten der Institute angenommen worden ist. Die konjunkturelle Abschwächung zieht ohne Verzögerungen Steuer- und Beitragsaus-

¹⁶ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1994/95, aus den Ziffern 209 bis 216.

¹⁷ Vgl. dazu auch: Grundlinien der Wirtschaftspolitik 1995, ..., a.a.O. Vgl. auch: Zinswende und Investitionsgüternachfrage. Bearb.: Friederike Spiecker. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 40/94, S. 682 ff.

¹⁸ Die Bundesbank senkte zwar im Mai 1994 noch einmal die Notenbankzinsen. Als daraufhin der Kapitalmarktzins weiter stieg, interpretierte die Bundesbank das wohl dahingehend, daß eine Abkoppelung unmöglich ist. Eine solche Schlußfolgerung ist allerdings nicht gerechtfertigt. Die Abkoppelung bei den kurzfristigen Zinsen wäre auch dann äußerst erfolgreich gewesen, wenn der Anstieg des Kapitalmarktzins im Spannungsfeld zwischen der amerikanischen Zentralbank und den europäischen Zentralbanken deutlich verlangsamt worden wäre. Vgl. dazu: Geldpolitik auch bei offenen Finanzmärkten gefordert. Bearb.: Marcel Stremme. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 47/95, S. 815 ff.

¹⁹ Ohne die Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft. Bis 1994 waren diese Schulden formal dem Unternehmenssektor zugeordnet; aus ökonomischer Sicht hätten die jährlichen Defizite von Beginn an dem staatlichen Sektor zugerechnet werden müssen. Nach der Konvention der Gesamtrechnung wird die Schuldenübernahme durch den Staat 1995 als einmalige Vermögensübertragung an die Unternehmen gebucht.

fälle nach sich und erfordert Mehrausgaben beim Arbeitslosengeld. Der Verlust von einem Prozentpunkt an gesamtwirtschaftlichem Wachstum kostet die öffentlichen Haushalte rund 20 Mrd. DM pro Jahr an Steuern und Sozialbeiträgen. Nach der hier vorgelegten Schätzung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben wird 1996 das Defizit von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung fast 115 Mrd. DM betragen, also rund 20 Mrd. DM mehr, als in der Herbstschätzung der Institute angenommen. Die Differenz ist überwiegend konjunkturbedingt.

Das Steueraufkommen wird gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich sinken. Neben der schwachen Konjunktur sind als Grund die Steuerrechtsänderungen zu nennen: Kernstück ist die steuerliche Freistellung des Existenzminimums in Verbindung mit dem Familienleistungsausgleich. Alle Maßnahmen des Jahressteuergesetzes 1996 zusammengekommen führen zu Mindereinnahmen von reichlich 21 Mrd. DM (vgl. Tabelle).

**Auswirkungen der staatlichen Abgabenbelastungen 1996
in Mrd. DM**

<i>Private Haushalte</i>	
Jahressteuergesetz 1996	20,0
Abschaffung des Kohlepfennig	2,0
= Summe der Entlastungen	22,0
Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge	8,5
= Summe der Belastungen	8,5
Nettoentlastung	13,5
<i>Unternehmen</i>	
Jahressteuergesetz 1996	1,5
Abschaffung des Kohlepfennig	4,0
= Summe der Entlastungen	5,5
Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge	8,5
= Summe der Belastungen	8,5
Nettobelastung	3,0
<i>Quelle:</i> Berechnungen des DIW. Angaben gerundet.	

Dabei dürfte die Steuerfreistellung des Existenzminimums mit 14 Mrd. DM zu Buche schlagen. Zwar wird der Wegfall des bisherigen steuerlichen Kinderfreibetrags bei Lohn- und veranlagter Einkommensteuer zu Mehreinnahmen von 16 Mrd. DM führen, doch wird das erhöhte Kindergeld von 1996 an aus diesem Steuertopf erstattet; per Saldo belastet der neue Familienleistungsausgleich die öffentlichen Haushalte um 9 Mrd. DM. Den Entlastungen der Steuerbürger stehen aus dem Abbau von Steuervergünstigungen Belastungen von über 3 Mrd. DM gegenüber. Andererseits müssen die Entlastungen in Höhe von 6 Mrd. DM berücksichtigt werden, weil der Kohlepfennig nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr erhoben werden darf.

Im Gegensatz zu den Steuern werden die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen kräftig steigen. Sowohl in der Ren-

tenversicherung, in der Pflegeversicherung als auch in der Krankenversicherung werden die Beitragssätze erhöht; zudem wird die Beitragsbemessungsgrenze angehoben. Insgesamt dürfte die Beitragsbelastung um fast 1½ Prozentpunkte steigen; dies führt zu Mehreinnahmen von 17 Mrd. DM. Die Bemessungsgrundlage der Beiträge wird konjunkturbedingt indes nur schwach expandieren. Die übrigen Einnahmen des Staates werden kaum zunehmen, vor allem weil der Bundesbankgewinn (um 2 Mrd. DM) schrumpfen und die Post keine Gewinne mehr an den Bundeshaushalt abliefern wird.

Mit einer Rate von voraussichtlich 2 vH werden die Ausgaben des Staates ähnlich schwach wie die Einnahmen steigen. Angesichts der angespannten Finanzlage auf allen Haushaltsebenen dürften die finanzpolitischen Entscheidungsträger ihre Sparbemühungen noch verstärken. In der vorliegenden Schätzung ist ein sehr moderater Tarifabschluß im öffentlichen Dienst zugrunde gelegt worden; zugleich werden Bund, Länder und Gemeinden wohl weiterhin Stellen abbauen, sei es, daß freiwerdende Stellen nicht wieder besetzt oder — insbesondere in Ostdeutschland — Einrichtungen „ausgelagert“ werden. Mehrbelastungen entstehen durch die Einbeziehung der stationären Pflege in die Leistungen der Pflegeversicherung. Insgesamt wird damit gerechnet, daß 1996 die Aufwendungen für den Staatsverbrauch um über 3 vH aufgestockt werden.

Kräftige Abstriche wird es hingegen bei den Investitionsausgaben des Staates geben, nachdem sie bereits in den Jahren zuvor erheblich gekürzt worden waren. Aufgrund des sehr restriktiven Haushaltsrechts ist es den Gemeinden nicht möglich, ein stetiges oder gar ein antizyklisches Investitionsverhalten an den Tag zu legen. Sie müssen ihre Eigenleistung zur Investitionsfinanzierung überwiegend aus der konjunkturell stark schwankenden „freien Spitze“ — der Differenz zwischen laufenden Einnahmen und Ausgaben — finanzieren; zudem gestalten die Länder ihre Investitionszuschüsse prozyklisch. Der Ausweg, Investitionen über Kredite zu finanzieren, ist nur sehr beschränkt gangbar, da die Verschuldungsmöglichkeiten der Gemeinden an die Entwicklung ihrer — konjunkturell ebenfalls schwankenden — Steuerkraft gekoppelt sind. Vor allem in Ostdeutschland sind die Gemeinden auf entsprechende Zuweisungen der Länder angewiesen, denn dort ist die kommunale Steuerkraft extrem niedrig, und die kreditfinanzierten Spielräume sind erschöpft. Doch werden die Kommunen nicht angemessen an den Mitteln, die seit 1995 im Zuge der Neuordnung des Finanzausgleichs nach Ostdeutschland fließen, beteiligt, so daß Ausbau und Modernisierung der ostdeutschen Infrastruktur stocken. Immerhin werden zwei Drittel der öffentlichen Investitionen in kommunaler Regie getätigt.

Die Transferausgaben des Staates dürften stagnieren. Dies ist in erster Linie auf die Umstellung des Kindergeldes zurückzuführen, das von nun an fast ausschließlich direkt mit der Steuerzahlung verrechnet wird. Auch die Vermögensübertragungen sind rückläufig. Hingegen werden die

Zinsausgaben überdurchschnittlich, gleichwohl deutlich schwächer als in den Vorjahren zunehmen, weil in diesem Jahr keine Schulden von Dritten übernommen werden. Entlastend wirkt zudem die Senkung der Kapitalmarktzinsen.

Auch wenn der Anstieg der Zinsausgaben schwächer ausfallen wird als ursprünglich angenommen, darf dies nicht als Zeichen der Entwarnung interpretiert werden. In den Jahren nach der Vereinigung ist die staatliche Verschuldung extrem ausgeweitet worden: Ende 1989 waren Schulden in Höhe von 924 Mrd. DM bei den Gebietskörperschaften aufgelaufen, Ende 1995 war bereits die Marke von zwei Billionen D-Mark überschritten. Im Gefolge dieser Entwicklung sind die Zinsausgaben des Staates in die Höhe geschossen — 1996 müssen bereits 17 vH der Steuereinnahmen für die Verzinsung der Schulden aufgewendet werden. Fraglos wirken diese Belastungen als Hypothek, und die Politik muß längerfristig gesehen die Haushaltsdefizite nachhaltig verringern, will sie finanzpolitischen Handlungsspielraum zurückgewinnen. Verschuldungsquote und Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte können nicht unbegrenzt steigen: Der Spielraum schmilzt um so schneller, je geringer die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten (in nominaler Rechnung) zunehmen und je höher das Zinsniveau ist. Schuldenquote und Zinslastquote bleiben nur dann unverändert, wenn der Schuldenstand im gleichen Ausmaß wie die nominale Bruttowertschöpfung steigt und der Zinssatz im Durchschnitt dieser Zuwachsrate entspricht.

Allerdings sind längerfristige Erfordernisse und konjunkturpolitische Notwendigkeiten nicht deckungsgleich. Die höchst fragilen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen vertragen derzeit keine weiteren Ausgabekürzungen. Es wäre kontraproduktiv, versuchte die öffentliche Hand, die konjunkturbedingten Mindereinnahmen auf der Ausgabe Seite — sei es durch zusätzliche Einschnitte im sozialen Netz oder durch weitere Kürzungen bei den Infrastrukturinvestitionen — zu kompensieren. Besorgnis erregt vor allem die Entwicklung in Ostdeutschland, wo die Gemeinden infolge von finanziellen Engpässen kräftige Abstriche an ihren Investitionsprojekten vornehmen. Hier sind insbesondere die ostdeutschen Länder gefordert. Sie müssen ihre Gemeinden stärker an den Mitteln, die im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms von West nach Ost fließen, beteiligen. Nur so kann die kommunale Investitionstätigkeit gestärkt werden.

Finanzpolitisch kommt es gegenwärtig vor allem darauf an, einen Beitrag zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu leisten. Dies wird nur gelingen, wenn vorübergehend höhere Staatsdefizite in Kauf genommen werden. Ein solches Verhalten zeugt nicht von unseriösem Haushaltsgebaren, sondern entspringt der Notwendigkeit, die wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren. Damit werden bessere Investitionsbedingungen geschaffen und die Chancen für eine spätere Haushaltskonsolidierung erhöht. Man mag gegen das Wirksamwerden der „automatischen

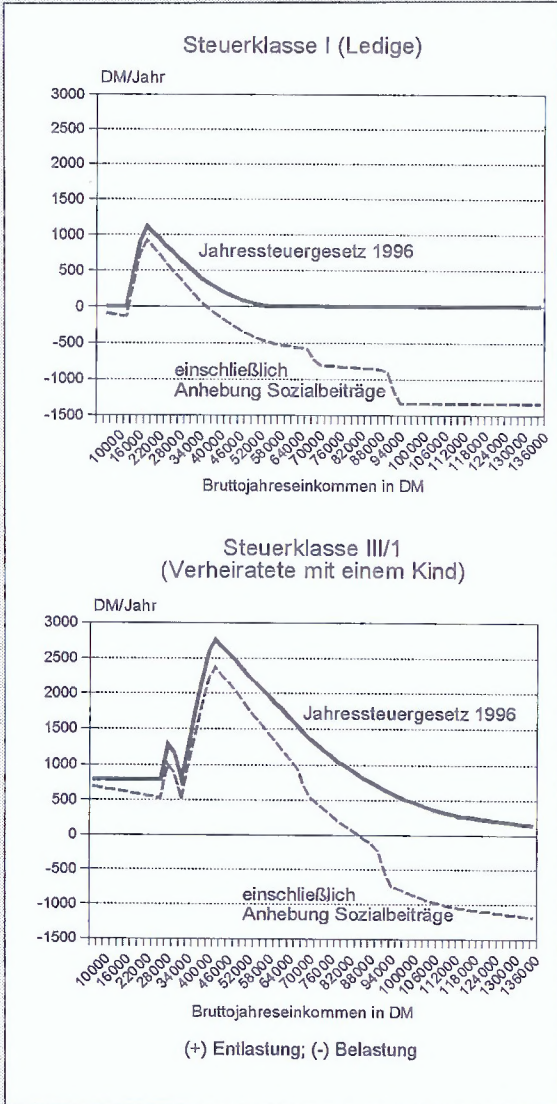
Stabilisatoren“ einwenden, daß die dann notwendige höhere Neuverschuldung für sich genommen zinssteigernd wirkt und insoweit die Investitionsneigung der Unternehmen dämpft. Dieser Zusammenhang ist — „für sich genommen“ — nicht zu bestreiten. Er wird aber ausgeglichen von einer Geldpolitik, die den monetären Rahmen für eine ausreichend wachsende Gesamtnachfrage, in diesem Falle einschließlich der stabilisierenden Maßnahmen des Staates schafft.

Die zu Beginn dieses Jahres wirksam werdenden Steuerentlastungen konzentrieren sich auf die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen. Es ist infolgedessen damit zu rechnen, daß sie nahezu in voller Höhe konsumwirksam werden. Das Schaubild 10 verdeutlicht die Verteilungseffekte, die sich aus dem Jahressteuergesetz 1996 und der Anhebung der Sozialbeiträge für private Haushalte ergeben. Bei ledigen Steuerpflichtigen (Steuerklasse 1) werden nur Personen mit einem Bruttojahreseinkommen von bis zu 45 000 DM entlastet, wobei sich die höchsten Entlastungen — etwa 1 000 DM pro Jahr — für Steuerpflichtige mit einem Einkommen von 22 000 DM errechnen. Haushalte mit sehr niedrigem Einkommen werden nicht begünstigt, weil für sie schon seit 1993 das Existenzminimum steuerlich freigestellt war; sie werden durch die gestiegenen Sozialbeiträge sogar belastet. Ledige mit einem Einkommen zwischen 75 000 und 95 000 DM werden hingegen mit 550 DM, solche mit einem darüber hinausgehenden Einkommen sogar mit über 1 000 DM zusätzlich zur Kasse gebeten. Viel stärker schlagen die Entlastungen für Steuerpflichtige mit Kindern zu Buche. In der Steuerklasse 3/1 sind die Effekte bei einem Bruttoeinkommen von ungefähr 45 000 DM am höchsten; unterm Strich erhöht sich das Nettoeinkommen um fast 2 500 DM pro Jahr. Erst bei einem Einkommen von 92 000 DM sind die Beitragsanhebungen größer als die Steuerentlastungen.

Die starke Zunahme der Frühverrentungsfälle aus Gründen der Arbeitslosigkeit insbesondere in Ostdeutschland zeigt, daß die Massenarbeitslosigkeit auch die Rentenversicherung immer mehr in die finanzielle Enge treibt. Vor allem größere Unternehmen nutzen das Instrument der Vorruhestandsregelung, weil es für sie und die Arbeitnehmer die sozialverträglichste Form des Personalabbaus darstellt. Was wäre die Alternative? Wird die Tür zum Vorruhestand geschlossen, dann trifft das die Arbeitsmarktperspektiven vor allem der jüngeren Arbeitnehmer. Selbst die unmittelbare Finanzierung der Arbeitslosigkeit dieses Personenkreises wäre für die Sozialversicherung kaum billiger. Hinzu kämen die mittel- und langfristigen gesellschaftlichen Folgen einer hohen Jugendarbeitslosigkeit. Ohne Vorruhestand sähen die Beschäftigungsperspektiven für Jugendliche wohl noch düsterer aus. Aus verteilungspolitischer Sicht sollte eine stärkere Einbindung der Steuerzahler — über eine Erhöhung des Bundeszuschusses an die Rentenkassen — erwogen werden. Eine Lösung ist auch das nicht: Die Rentenkassen benötigen zur Besserung

Schaubild 10

Veränderung des Nettoeinkommens durch das Jahressteuergesetz 1996 und die Anhebung der Sozialbeiträge im Jahre 1996



DIW'96

ihrer Lage dringend konjunkturellen Rückenwind und abnehmende Arbeitslosigkeit.

Ein Plädoyer für konjunkturpolitisch motivierte und vorübergehend höhere Defizite kann nicht heißen, daß die Finanzpolitik ihr Ziel, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, aufgibt. Es würde damit lediglich anerkannt, daß die Defizite Reflex der schwachen Wirtschaftsentwicklung sind und eine Kompensation via Ausgabenkürzungen und / oder Steuererhöhungen die Wirtschaft weiter

schwächt. Zugleich würde von dem sozialpolitisch höchst fragwürdigen Ziel Abstand genommen, gerade die Leistungen für jene, die in besonderem Maße von der Wirtschaftskrise betroffen sind, zu beschneiden. Es geht für die Finanzpolitik in dieser Situation vor allem darum, nochmals Zeit zu kaufen und die unstreitig notwendige Haushaltskonsolidierung zu verschieben, bis die Wirtschaft wieder Tritt gefaßt hat.

Wenn die Hinnahme der konjunkturbedingten Defizite dazu beiträgt, eine Rezession zu vermeiden, dann bestehen auf mittlere Sicht durchaus gute Chancen, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Im Zuge eines kräftigen Konjunkturaufschwungs verschwinden nicht nur die konjunkturellen Defizite. Auch der Abbau des strukturellen Defizits fällt in einer solchen Phase sehr viel leichter, weil die Belastungen für Wirtschaft und Bürger eher zu verkraften sind. Nach Schätzungen des DIW beträgt das strukturelle Defizit etwa 1½ vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts. In Deutschland ist der Zusammenhang zwischen Veränderungen der staatlichen Defizitquote und der Arbeitslosenquote nicht so eng wie in den USA und in Frankreich — eine Veränderung der Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt geht aber immerhin mit einer durchschnittlichen Veränderung der Defizitquote um einen halben Prozentpunkt (Schaubild 11) einher.

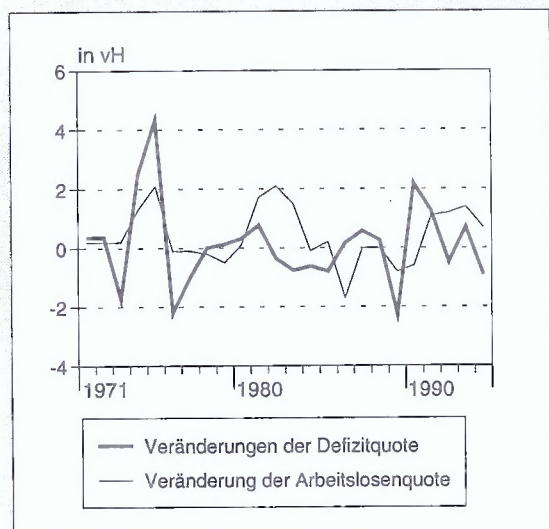
Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zum jetzigen Zeitpunkt wäre Gift für die konjunkturelle Entwicklung. Aber auch die Koppelung einer Anhebung der Mehrwertsteuersätze mit einem Abbau des Solidaritätszuschlags wäre aus verteilungspolitischer Sicht problematisch. Der Solidaritätszuschlag war zu Beginn des Jahres 1995 auch deshalb eingeführt worden, um nachträglich die „Schieflage“ in der Verteilung der einigungsbedingten Kosten etwas zu korrigieren. Während der Solidaritätszuschlag an der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler anknüpft und der Finanzierungsbeitrag mit steigendem Einkommen überproportional zunimmt, werden durch eine Mehrwertsteuererhöhung die unteren und mittleren Einkommensbezieher relativ stärker zur Finanzierung von Staatsaufgaben herangezogen²⁰. Die angespannte Finanzlage des Staates läßt nicht zu, mit dem Abbau des Solidaritätszuschlags bald zu beginnen. Der Transferbedarf Ostdeutschlands wird in den nächsten Jahren kaum geringer.

Eine Politik, die konjunkturbedingte Mindereinnahmen hinnimmt, ohne sogleich kompensatorische Schritte auf der Ausgabenseite einzuleiten, muß nicht fürchten, in Mißkredit zu geraten, solange die höhere Neuverschuldung von den Marktteilnehmern als vorübergehend eingestuft wird — insbesondere dann nicht, wenn die Politik die Konzepte offenlegt, mit denen sie nach Überwindung der konjunkturellen Schwächephase die strukturellen Defizite

²⁰ Gemildert würde der regressive Effekt allerdings, wenn der ermäßigte Satz von 7 vH (er gilt insbesondere für Nahrungsmittel) nicht angehoben wird.

Schaubild 11

Veränderungen der Defizite und der Arbeitslosigkeit in Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW '96

abbauen will. Stichworte sind die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und der wirtschaftspolitische Dauerbrenner Subventionsabbau, vor allem in der Landwirtschaft und im Steinkohlenbergbau.

Eine Wirtschaftspolitik für mehr Arbeitsplätze

Die deutsche Wirtschaftspolitik baute in den letzten Jahren vornehmlich darauf, daß die Unternehmen krisenhafte Entwicklungen, wie sie jetzt auftreten, aus eigener Kraft bewältigen können. Auch die internationale Dimension der Probleme wird vor allem von dieser Seite gesehen. Über die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sollen neue Absatzmärkte erschlossen werden. Weder staatliche Nachfrage noch die Geldpolitik haben in diesem Konzept eine aktive Rolle bei der Schaffung von mehr Arbeitsplätzen zu übernehmen. Diese Rollenverteilung ist mit dem jetzt eingetretenen konjunkturellen Rückschlag, der auch die Arbeitsmarktperspektiven verdüstert, offensichtlich an Grenzen gestoßen. Es ist daher notwendig, eine neue Rollenverteilung vorzunehmen, die mehr Investitionsdynamik und damit die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen erlaubt.

Das zentrale Problem des Angebotskonzepts ist die Nachfrage. Wie können sich beispielsweise die Unternehmen aus dieser konjunkturellen Abschwächung, die in eine Rezession umzukippen droht, befreien? Die Unternehmen haben dazu im Grunde nur eine Möglichkeit: Sie können ihre Rationalisierungsanstrengungen erneut verstärken,

können sich noch „schlanker“ machen, können Fixkosten streichen und Mitarbeiter entlassen. Für ein einzelnes Unternehmen oder auch eine Gruppe von Unternehmen ist das die angemessene Strategie. Gesamtwirtschaftlich kann sie jedoch nicht aufgehen. In gesamtwirtschaftlicher Sicht ist nämlich die Einsparung des einen Unternehmens immer ausgefallene Nachfrage eines anderen. Es gibt keine Ausgabe, der nicht an anderer Stelle eine Einnahme gegenübersteht. Kürzen einige Unternehmen soziale Leistungen, entlassen sie Arbeitnehmer oder streichen sie die Fortbildung ihrer Mitarbeiter, sinken bei anderen Unternehmen die Einnahmen, so daß auch diese sich gezwungen sehen, weiter zu rationalisieren. Gibt es keine Konstante, also einen Sektor der Volkswirtschaft, der trotz sinkender Einnahmen seine Ausgaben, seine Nachfrage, nicht einschränkt, und übernimmt die Geldpolitik nicht die Stabilisierung der Nachfrage, kann der Rationalisierungsversuch der Unternehmen nicht zu einer allgemeinen Belebung der Investitionstätigkeit führen.

In den sechziger und siebziger Jahren wurde dem Staat regelmäßig die Aufgabe zugewiesen, sich — als Konstante — von dem allgemeinen Kürzungs- und Rationalisierungsdiktat frei zu machen und damit zumindest die „automatischen Stabilisatoren“ in Form höherer Defizite und stärkerer staatlicher Nachfrage nach Kapital wirksam werden zu lassen. Entzieht sich der Staat dieser Aufgabe, kann man nur darauf hoffen, daß die privaten Haushalte die Kürzung ihrer Einkommen nicht mit einer proportionalen Kürzung ihrer Ausgaben beantworten, sondern ihre Sparquote senken. In der Tat haben sie das in den vergangenen Jahren getan und damit die wirtschaftliche Entwicklung stabilisiert. Defizite werden sich dann bei den privaten Haushalten zwar nicht einstellen, aber geringere Überschüsse und damit ein geringeres Kapitalangebot am Kapitalmarkt. Fallen auch die privaten Haushalte als Stabilisator aus, bleibt nur das Ausland. Unterstellt man eine andere konjunkturelle Situation im Ausland und ein anderes Verhalten der Wirtschaftssubjekte dort, kann man versuchen, die eigenen Rationalisierungsanstrengungen via Preissenkung für handelbare Güter in Marktanteilsgewinne und damit höhere Nettoeinnahmen im Außenhandel umzusetzen. Die dann entstehenden Defizite der Handelspartner führen am internationalen Kapitalmarkt zu steigender Kapitalnachfrage dieser Länder.

Doch mit dieser Beschreibung der Vorgänge ist der Prozeß nicht zu Ende. Die (automatische) Stabilisierung gelingt nämlich nur, wenn keine negativen Rückwirkungen über den Kapitalmarkt auftreten. Das aber ist in keinem der angesprochenen Fälle auszuschließen. Stabilisiert etwa der Staat die Nachfrage durch die Hinnahme höherer Defizite und damit höherer Kapitalnachfrage, steigt — wenn sonst nichts geschieht — am Kapitalmarkt der langfristige Zins (oder sinkt weniger), und Investitionen in Sachanlagen verlieren an Attraktivität. Die Folge kann sein, daß der positive Gesamteffekt auf Nachfrage und Produktion trotz der automatischen Stabilisierung durch den Staat nur

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Bundesrepublik Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1994	1995	1996	1994	1995	1996	1994	1995	1996
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	2,9	2,0	1,0	2,4	1,5	0,75	8,5	5,5	4,0
Erwerbstätige ²⁾ (1000 Personen)	34 957	34 910	34 870	28 654	28 460	28 335	6 303	6 450	6 535
Arbeitslose (1000 Personen)	3 698	3 615	3 865	2 556	2 570	2 695	1 142	1 045	1 170
Arbeitslosenquote ³⁾ (in vH)	9,6	9,4	10,0	8,2	8,3	8,7	15,3	14,0	15,2
Verbraucherpreise ⁴⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	2,8	2,0	2,0	2,7	2,0	2,0	3,7	2,0	2,5
Lohnstückkosten ⁵⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	-0,6	1,5	3,0	-1,0	1,0	2,5	-0,4	2,0	5,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁶⁾⁷⁾ (Mrd. DM) einschl. Treuhandanstalt	-123,9	-119,0	-114,5	—	—	—	—	—	—
ohne Treuhandanstalt	-86,8	-119,0	-114,5	—	—	—	—	—	—
Leistungsbilanzsaldo ⁸⁾ (Mrd. DM)	-34,2	-29,0	-38,5	—	—	—	—	—	—

1) In Preisen von 1991. — 2) Im Inland. — 3) Deutschland: Anteil der Arbeitslosen an den inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose), West- und Ostdeutschland: Anteil an den Erwerbspersonen im Inland (Erwerbstätige und Arbeitslose). —

4) West- und Ostdeutschland: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte; Deutschland: Preisniveau des privaten Verbrauchs. — 5) Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt. — 6) In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, 1995 einschließlich Erblastentilgungsfonds. — 7) 1995 ohne Berücksichtigung der auf den Erblastentilgungsfonds übertragenen Schulden der Treuhandanstalt in Höhe von 204 Mrd. DM

und des übertragenen Teils der Schulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft in Höhe von 31 Mrd. DM. — 8) In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW; 1995 und 1996 Prognose des DIW, Angaben gerundet.

gering ist. Ähnliches gilt für alle anderen Arten der Stabilisierung. Vertraut man etwa auf das Stillhalten des Auslandes, muß man darauf hoffen, daß die Zinserhöhung auf dem Weltkapitalmarkt nicht auf das Inland durchschlägt und/oder der eigene Wechselkurs trotz der vermehrten Nachfrage nach heimischer Währung nicht steigt.

Die deutsche Wirtschaftspolitik setzt weitgehend auf einen einzigen Wirkungsstrang. Via Angebots- oder Standortpolitik wird auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland hingewirkt. Die deutsche Wirtschaftspolitik setzt damit auf das Ausland als die Konstante, die die einzelwirtschaftlichen oder staatlichen Anstrengungen über höhere Auslandsnachfrage zu einem gesamtwirtschaftlichen Erfolg machen soll. Damit baut die Wirtschaftspolitik der drittgrößten Industrienation der Erde

auf die Annahme, daß das Ausland auf die eigenen forcierten Anstrengungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit nicht oder nur mit Verzögerung reagiert und auch Auswirkungen auf den Wechselkurs der D-Mark nicht oder wiederum nur mit großer Verzögerung auftreten. Eine solche Strategie ist besonders riskant bei Märkten, deren Reaktionen in der Vergangenheit bewiesen haben, daß sie Wettbewerbsvorteile nicht nur rasch mit dem Ausgleich von Preis- und Kostenvorsprüngen durch Aufwertung beantworten, sondern bei denen auch zu befürchten ist, daß sie „überschießen“, also nationale Vorsprünge in ihr Gegenteil verkehrt werden. Eine solche Standortpolitik, die im Vertrauen auf die beschäftigungswirksame Mobilisierung von Auslandsnachfrage die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft zu verbessern versucht, ist den gleichen Einwänden ausgesetzt wie eine Nachfragepolitik, die auf die

stabilisierende Wirkung staatlicher Verschuldung im Konjunkturverlauf setzt. Bei einem Erfolg von Angebots- und Standortpolitik müssen sich andere Länder verschulden um nachzufragen, und sie müssen, was noch wichtiger ist, die Anpassung an die Bedingungen globalisierter Märkte gerade unterlassen.

Weder eine angebotsorientierte noch eine nachfrageorientierte staatliche Politik kann auf Dauer allein für hohes Wachstum und ausreichend viele Arbeitsplätze sorgen. Keine der erwähnten negativen Rückwirkungen staatlichen Handelns auf die Kapitalmärkte kann auf längere Sicht so zuverlässig ausgeschlossen werden, daß man nachhaltig auf staatliche Nachfragepolitik oder Angebotspolitik als Politik für mehr Arbeitsplätze bauen könnte. Die negativen Rückwirkungen aller Politikvarianten auf Kapitalangebot oder -nachfrage kann nur die Geldpolitik zuverlässig ausschalten. Nur die Geldpolitik kann nämlich etwas Zusätzliches tun, etwas, das die Voraussetzungen für die Schaffung neuer und zusätzlicher Arbeitsplätze via Investitionen schafft: Sie kann zusätzliches Geld zur Verfügung stellen.

Mit zusätzlichem Geld können zum einen zusätzliche Transaktionen finanziert werden, ohne daß der kurzfristige Zins steigen und zu einer Rationalisierung der Kassenhaltung (einer Zunahme der Umlaufgeschwindigkeit) führen muß. Noch wichtiger aber ist, daß die Geldpolitik durch die Veränderung der relativen Preise von kurzfristigen zu langfristigen Anlagen zusätzliches Kapitalangebot induzieren kann. Sinkende kurzfristige Zinsen veranlassen viele Anleger, ihre kurzfristigen Anlagen in höher verzinsliche langfristige Anlagen umzuschichten. Deren Kurse werden daraufhin steigen, und die langfristigen Zinsen werden sinken. Dann werden mehr Unternehmen als zuvor Kapital nachfragen und Investitionen vornehmen. Es entstehen zusätzliche Arbeitsplätze, ohne daß an anderer Stelle mit negativen Rückwirkungen gerechnet werden müßte.

Umgekehrt geht die Geldpolitik vor, wenn sie eine Inflation befürchtet. Sie verknappt das Geldangebot, die kurzfristigen Zinsen steigen, die Anleger schichten um von lang- in kurzfristige Anlagen, die Kurse fallen und das Kapitalangebot sinkt. Da die langfristigen Zinsen steigen, kommen weniger Investitionen in Sachanlagen zum Zuge, weil ihre Rendite nicht ausreicht, den höheren Zins zu verkraften. Die Investitionen gehen zurück, Arbeitsplätze werden abgebaut, die Arbeitslosigkeit steigt und drückt solange auf die Löhne, bis die Inflationserwartungen gebrochen sind.

Häufig wird gegen eine Rollenverteilung, die der Geldpolitik eine aktive Rolle bei der Schaffung von Arbeitsplätzen einräumt, eingewendet, die Geldpolitik könne den langfristigen Zins gar nicht beeinflussen, sondern nur Preisstabilität herstellen. Dies ist nicht zutreffend. Wenn die Geldpolitik keinen Einfluß auf den langfristigen Zins ausüben könnte, könnte sie auch die Preise nicht stabilisieren. Auch das Argument, der langfristige Zins könne sogar steigen, wenn die Geldpolitik expansiv ist, weil bei den Anlegern

Inflationserwartungen aufkommen, trägt nicht. Die Anleger finden Alternativanlagen im Fall einer Senkung der Notenbankzinsen nur in langfristigen Papieren, im Ausland, im Realkapital, oder sie konsumieren mehr als zuvor, senken also ihre Sparquote. Wandern viele Anleger ins Ausland ab, sinken dort die Zinsen und/oder die heimische Währung wird abgewertet. Den erwünschten Effekt, das heimische Investitionsklima zu verbessern, erreicht die Geldpolitik so oder so. Das wäre nur dann nicht der Fall, wenn die Anleger trotz der Veränderung der relativen Preise hartnäckig liquide Mittel halten. Die Erwartung einer sich rasch beschleunigenden Inflation, die ein solches Verhalten befürchten ließe, kann aber nicht durch expansive geldpolitische Maßnahmen schlechthin erzeugt werden. Solche Erwartungen entstehen erst, wenn auch die „realen“ Indikatoren, wie Kapazitätsauslastung und Lohnkostensteigerungen, auf eine rasche Beschleunigung des Preisanstiegs hinweisen. Ist dies, wie in der gegenwärtigen Situation, nicht der Fall, werden die Anleger bei einer Senkung der kurzfristigen Zinsen durch die Notenbank nur in langfristigen Anlagen eine Alternative finden oder sich im Ausland engagieren.

Gegen den aktiven Einsatz der Geldpolitik wird häufig vorgebracht, die Geldpolitik solle nicht für konjunkturpolitische Zwecke eingesetzt werden, um politischen Druck auf die unabhängige Notenbank zu vermeiden. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, daß die Geldpolitik mit all ihren Maßnahmen konjunkturpolitisch wirkt und letztlich über Erfolg oder Mißerfolg einer Wirtschaftspolitik für mehr Arbeitsplätze entscheidet.

Um Mißbrauch und prozyklische Aktionen der Geldpolitik zu verhindern, haben die Monetaristen eingeworfen, müsse man Regelbindungen einführen. Das ist eine beachtenswerte Überlegung. Allerdings hat sich bisher kaum eine Notenbank, auch nicht die Deutsche Bundesbank, einer starren Regelbindung unterworfen, weil die Verhältnisse, insbesondere die Geldnachfrage, nicht so stabil waren, daß eine Regel längerfristig hätte durchgehalten werden können. Gerade die jetzige Situation in Deutschland zeigt, daß eine strenge Regelbindung häufig keine Orientierung bietet. Weder ist ohne weiteres festzulegen, welches die langfristig mögliche Wachstumsrate der deutschen Wirtschaft sein wird, noch, ob die jeweils aktuell verfolgte Politik restriktiv oder expansiv ist und damit eine geeignete Ausgangsbasis für die neue Zielfestlegung abgibt.

Die Frage, ob die Geldpolitik in diesem Aufschwung ausreichend expansiv wirkte, ist mit den normalerweise durchaus brauchbaren monetären Indikatoren wie Geld- und Kreditexpansion, Zinsdifferenz und Realzins allein nicht zu beantworten. Notwendig ist auch der Blick auf reale Indikatoren. Erst dann ergibt sich eine klare Antwort: Im gesamten Aufschwung seit Anfang 1994 war die Investitionstätigkeit sehr schwach, obwohl die Zinsdifferenz positiv war.

Zur Ableitung des Geldmengenzieles

Mitte Dezember hat der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank das Geldmengenziel für 1996 bekanntgegeben. Er hielt es für „angemessen, daß sich die Geldmenge M3 vom vierten Quartal 1995 bis zum vierten Quartal 1996 um 4 % bis 7 % ausweitet“¹. Diese Entscheidung beruht auf der Annahme, das gesamtdeutsche Produktionspotential werde im Durchschnitt des Jahres mit einer Rate von 2½ vH wachsen. In Verbindung mit einer Preisnorm von 2 vH und einer trendmäßigen Zunahme der Kassenhaltung um 1 vH errechnet sich daraus für den Jahresdurchschnitt eine potentialgerechte Zuwachsrates der Geldmenge von 5½ vH. Im vierten Quartal 1995 dürfte die Geldmenge den Vorjahresstand um rund 2 vH übertroffen haben; sie hat damit deutlich unter dem für 1995 vorgegebenen Zielkorridor von 4 bis 6 vH gelegen.

Da die Bundesbank üblicherweise den tatsächlichen Stand der Geldmenge im vierten Quartal als Basis für ihr Geldmengenziel wählt, hätte es nahegelegen, diese Zielunterschreitung bei der Bemessung des Geldmengenziels für 1996 mit einem Zuschlag zu berücksichtigen. Die Bundesbank hat dies nicht getan. Sie hat allerdings den Zielkorridor von bisher 4 bis 6 vH auf 4 bis 7 vH erweitert, um nicht nur der höheren Volatilität der kürzerfristigen Geldmengenentwicklung Rechnung zu tragen, sondern auch „Raum für ein stärkeres Geldmengenwachstum (zu lassen), nachdem das diesjährige Geldmengenziel deutlich unterschritten wird“². Mit dieser Entscheidung setzt sich die Bundesbank in Widerspruch zu ihren eigenen Vorstellungen von einem Potentialpfad, die sie im Dezember 1994 mit der Bekanntgabe eines Geldmengenziels für 1995 von 4 bis 6 vH zum Ausdruck gebracht hatte — wie dies in der Abbildung durch die Extrapolation des bisherigen Zielpfades von 5 vH angedeutet wird.

Hätte die Geldmenge, die in den ersten Monaten von 1995 stark geschrumpft war, bis zum vierten Quartal den Zielpfad erreicht, hätte die Bundesbank keinerlei Probleme gehabt, den Wert vom vierten Quartal als Basis für ein Geldmengenziel für 1996 von wiederum 4 bis 6 vH zu benutzen. Tatsächlich war der Basiswert erheblich niedriger. Um trotzdem auf den ursprünglichen Potentialpfad zu gelangen, müßte die Geldmenge bis zum vierten Quartal 1996 mit einer laufenden Rate von ungefähr 9 vH wachsen. Die Konsequenz wäre gewesen, statt eines Korridors von 4 bis 7 vH einen Korridor von 8 bis 10 vH vorzugeben. Hierzu hat sich die Bundesbank nicht entschieden.

Neben der Befürchtung, die Bekanntgabe derart hoher Zuwachsrates „könnte erhebliche Irritationen auf den Finanzmärkten auslösen und dann ein baldiges Gegensteuern erforderlich machen“³ nennt die Bundesbank Argumente, mit denen die Zielunterschreitung relativiert werden soll: Die „diesjährige Zielunterschreitung wurde auch in der Öffentlichkeit weitgehend als Normalisierungsprozeß nach dem vorangegangenen starken Geldmengenwachstum verstanden“. So sei die „schwache Geldmengenentwicklung in den ersten Jahresmonaten teilweise noch eine Reaktion auf die Verwerfungen des vergangenen Jahres(...)“⁴.

Zwar ist die schwache Entwicklung der Geldmenge seit Mitte 1994 auch darauf zurückzuführen, daß mit der Normalisierung der Zinsstruktur Termingeld vermehrt in Geldkapital umgewandelt wurde. Auf keinen Fall kann jedoch der Liquiditätsstau vom ersten Halbjahr 1994 bei der Bemessung des Geldmengenziels eine Rolle spielen. Der Liquiditätsstau wurde nämlich — auch dank der in den ersten Monaten von 1994 von der Bundesbank vorgenommenen Senkungen der kurzfristigen Zinsen — im Verlauf der zweiten Jahreshälfte abgebaut. Da dieser Liquiditätsstau keine inflatorischen Wirkungen ausgelöst hatte, bedurfte es auch keiner Kompensation durch einen entsprechenden — „deflatorischen“ — Rückgang der Geldmenge im Jahre 1995. Tatsächlich jedoch hatte die Bundesbank bei der Bemessung des Geldmengenziels für 1995 einen Abschlag vorgenommen — freilich nicht beim Verlaufsziel, sondern beim Durchschnittsziel.

Das Nebeneinander von Durchschnitts- und Verlaufsbeurteilung stiftet dabei immer wieder Verwirrung⁵. Die Ableitung des Geldmengenziels bezieht

¹ Vgl. Deutsche Bundesbank, Pressenotiz vom 14. Dezember 1995.

² Vgl. Bundesbankpräsident Dr. Tietmeyer laut Protokoll der Pressekonferenz im Anschluß an die Zentralbankratsitzung der Deutschen Bundesbank am 14. November 1995.

³ Vgl. Tietmeyer, a.a.O.

⁴ Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Dezember 1995, S. 19.

⁵ Zusätzliche Schwierigkeiten bei der Interpretation des Geldmengenziels ergeben sich daraus, daß ein „Verlauf“ im Sinne der deutschen Bundesbank nicht mit dem übereinstimmt, was üblicherweise darunter verstanden wird, also eine Veränderung von einer Periode gegenüber der jeweiligen Vorperiode (etwa von Quartal zu Quartal oder von Monat zu Monat). Gemeint ist vielmehr die Zunahme der Geldmenge vom Durchschnitt des vierten Quartals zum Durchschnitt vom vierten Quartal des kommenden Jahres.

sich auf den Durchschnitt des Jahres. Der so ermittelte Wert muß dann in eine Verlaufsrate (im Sinne der Bundesbank) "übersetzt" werden. Gravierende Mißverständnisse können die Folge sein, wie die Geldmengenentwicklung des Jahres 1994 zeigt.

Im Durchschnitt des Jahres 1994 hatte die Geldmenge um insgesamt 9 vH zugenommen — eine Folge vor allem des erwähnten Liquiditätsstaus in der ersten Jahreshälfte. Gleichwohl konnte das Geldmengenziel „im Verlauf“ eingehalten werden, weil die Geldmenge im Durchschnitt des vierten Quartales 1994 gegenüber dem Durchschnitt des vierten Quartales 1993 „nur“ um rund 6 vH gestiegen war. Zum Jahresende konnte der Potentialpfad wieder erreicht und der Zielkorridor auf dem „aktuellen Rand“ aufgesetzt werden. „Im Verlauf“ bestand somit kein Liquiditätsüberhang mehr, wohl aber im Durchschnitt.

Damit stellt sich die Frage, ob die Verlaufs- oder die Durchschnittsbetrachtung geldpolitisch relevant ist: Bestand nun ein potentiell inflationärer Geldangebotsüberhang oder nicht? Die Antwort darauf ist eindeutig: Da geldpolitisch allein Verläufe maßgeblich sein können und der Potentialpfad im Verlauf wieder erreicht worden war, bestand auch kein Geldangebotsüberhang mehr, der 1995 abzubauen gewesen wäre. Wenn bis heute immer wieder von einem „Geldangebotsüberhang“ die Rede ist, dann beruht dies auf einem Mißverständnis: Ein Überschießen der Geldmenge zu Jahresbeginn *mußte* in Verbindung mit einer potentialgerechten Zuwachsrate im Jahresverlauf zwangsläufig zu einem überhöhten Durchschnitt führen — aus arithmetischen Gründen, nicht weil „zuviel“ Geld dagewesen wäre.

Ebendies wird durch das Verfahren bestätigt, das die Bundesbank bei der Ableitung ihres Geldmengenzieles für 1995 zugrundegelegt hat. Wie üblich wurde dabei von Durchschnittswerten für das Wachstum des Produktionspotentials (2 vH), die mittelfristige Preisnorm (2 vH) und die trendmäßige Veränderung der Kassenhaltung (1 vH) ausgegangen. Daraus errechnet sich eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrate der Geldmenge von 5 vH. Zu einer Verlaufsrate von gut 5¼ vH gelangt man dabei nur, wenn nicht der tatsächliche Durchschnitt der Geldmenge für das Jahr als Basis verwendet wird, sondern der Durchschnitt, der sich ergeben hätte, wäre die Geldmengenentwicklung durchgängig zielkonform gewesen. Wird hingegen der tatsächliche Durchschnitt der Geldmenge herangezogen, errechnet sich eine geringere durchschnittliche Zuwachsrate der Geldmenge. Ein solcher „Abschlag“

ist jedoch allein rechnerischer Natur: Es wird ein *statistisches* Phänomen *statistisch* korrigiert, ohne daß sich daraus geldpolitische Konsequenzen ergäben.

Der rechnerische „Geldangebotsüberhang“ des Jahres 1994 wird nun von der Bundesbank als Rechtfertigung dafür herangezogen, daß das Geldmengenziel für 1996 keine Korrektur nach oben für die Zielunterschreitung des vergangenen Jahres enthält. Damit wird nachträglich zu einem ökonomischen Phänomen erklärt, was noch vor einem Jahr ein bloßes arithmetisches Phänomen war. Faktisch wurde damit ein Strukturbruch in der Geldmengenentwicklung unterstellt (Schaubild 12). Kehrt die Geldmenge indessen auf ihren ursprünglichen Pfad zurück, ist angesichts des zu niedrig gewählten Zielkorridors die nächste Zielüberschreitung vorprogrammiert. Soll dann eine solche Zielüberschreitung vermieden werden, wären zinspolitische Maßnahmen erforderlich, die dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirken müssen.

Die Deutsche Bundesbank hat wiederholt jede Verantwortung für die konjunkturelle Entwicklung abgelehnt und einer „antizyklischen“ Geldpolitik eine klare Absage erteilt. So erklärte sie mit Blick auf die jüngste zinspolitische Entscheidung des Zentralbankrates: „Unsere Zinssenkung sollte nicht als Bestätigung des derzeitigen Konjunkturpessimismus oder gar als antizyklische Geldpolitik mißverstanden werden“⁶. Tatsächlich aber ist eine „antizyklische“ Geldpolitik unabdingbar, soll die Geldmenge auf mittlere Sicht mit einer Rate zunehmen, die der Wachstumsrate des Produktionspotentials entspricht⁷. Ebenso wie das Geldangebot in einer Phase der Hochkonjunktur weniger stark zunehmen darf als die Geldnachfrage, um eine inflationäre Überhitzung zu vermeiden, muß in einer Schwächephase das Geldangebot größer sein als die Geldnachfrage, um rezessiven Tendenzen vorzubeugen. Auf diese Weise wird nicht allein die monetäre, sondern auch die realwirtschaftliche Entwicklung verstetigt.

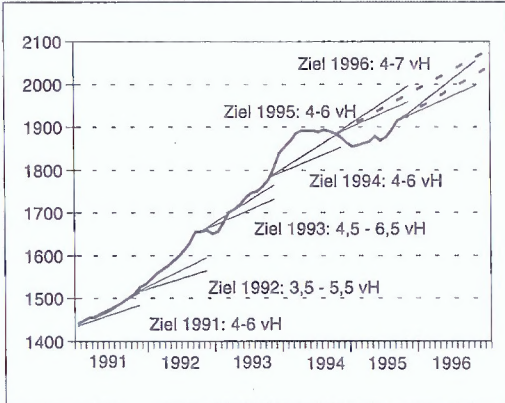
Die schwache Geldmengenentwicklung indiziert, daß die deutsche Geldpolitik gegenwärtig immer noch nicht expansiv genug ist. Deshalb haben die Institute in

⁶ Vgl. Tietmeyer, a.a.O.

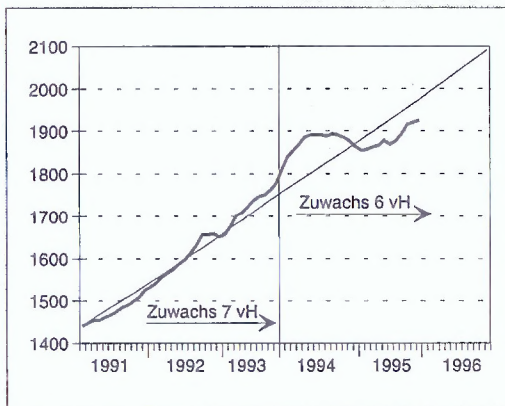
⁷ Dies bestätigt auch der Bundesbankpräsident, wenn es später heißt: „Es entspricht der Logik unserer mittelfristig angelegten Geldmengenpolitik, daß das Wachstum der Geldmenge am Potential ausgerichtet und verstetigt wird. Und diese Verstetigung über den Konjunkturzyklus hinweg impliziert relativ hohe Zinsen bei starkem Wirtschaftswachstum und bei hoher Geldnachfrage und relativ niedrige Zinsen in der Flaute, weil dann die Geld- und Kreditnachfrage ebenfalls niedrig ist“. Vgl.: Tietmeyer, a.a.O.

Schaubild 12

Geldmenge M3¹ Verlauf und Zielkorridor



Alternativer Zielpfad



¹ Geldmenge M3, saisonbereinigt; November und Dezember 1995 geschätzt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW '96

ziel hat die Deutsche Bundesbank hingegen einen neuen Zielpfad eingeführt, der deutlich unterhalb des alten angesiedelt ist. Das wäre nur dann gerechtfertigt, wenn tatsächlich ein Strukturbruch in der Geldmengenentwicklung vorläge, wofür es gegenwärtig aber keinen Anhaltspunkt gibt.

Gerade vor dem Hintergrund ihrer eigenen Konzeption ist daher die Entscheidung der Bundesbank über den Zielkorridor für 1996 äußerst fragwürdig. Nicht nur, daß die Chance ungenutzt blieb, über eine stärkere Zinssenkung einer weiteren Verschlechterung der Investitionsbedingungen entgegenzuwirken; es stellt sich auch die Frage, wie ernst die Bundesbank ihre eigene geldpolitische Konzeption nimmt. Zielverfehlungen „nach unten“ sind grundsätzlich nicht minder problematisch als Zielverfehlungen „nach oben“ — das Geldmengenkonzept ist symmetrisch und sollte daher auch symmetrisch umgesetzt werden.

Dies erfordert eine Ausweitung des Geldangebotes von rund 9 vH. Bei einer Expansion der Geldnachfrage, die bei einem Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsprodukts von 3 bis 4 vH deutlich geringer sein wird als die Ausweitung des Geldangebotes, sind weitere Zinssenkungen notwendig. Eine Zuwachsrate des Geldangebotes von 9 vH ist nicht „relativ hoch“, sondern entspricht dem, was eine potentialorientierte Konzeption der Geldpolitik erfordert — auch hier kann nicht der Zeitvergleich maßgeblich sein, sondern allein der mittelfristige Zielpfad der Geldmenge. Unklar bleibt denn auch, warum eine potentialgerechte (!) Ausweitung der Geldmenge, wie die Bundesbank vermutet, „Irritationen der Finanzmärkte“ auslösen sollte. „Stabilitätsrisiken“ ergeben sich allerdings dann, wenn der mittelfristige Zielpfad dauerhaft verlassen wird, ohne daß dies sachlich gerechtfertigt wäre. Auch eine „deflatorische“ Lücke, wie sie sich im vergangenen Jahr aufgetan hat, stellt ein „Stabilitätsrisiko“ dar, dem geldpolitisch zu begegnen ist. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr, daß die konjunkturelle Entwicklung „umkippt“ und die Arbeitslosigkeit weiter steigt. Die Deutsche Bundesbank hätte dies mitzuverantworten.

ihrer Gemeinschaftsdiagnose empfohlen, den Zielpfad des vergangenen Jahres beizubehalten: „Erreicht die Geldmenge den Zielpfad des nächsten Jahres und gibt es Indizien für eine Normalisierung der Portfolios, besteht zur Beunruhigung kein Anlaß. Erreicht die Geldmenge ihn nicht, ist erneut zu überprüfen, ob es Anzeichen für einen Strukturbruch gibt. Geht die Bundesbank so vor, wahrt sie die mittelfristige Ausrichtung der Geldmenge am Produktionspotential und am Inflationsziel, ohne das Geldmengenkonzept aufzugeben“⁸. Mit ihrer Entscheidung über das diesjährige Geldmengen-

⁸ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1995. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 42-43/95, S. 741.

Auch in diesem Jahr ist kaum mit einer durchgreifenden Belebung zu rechnen. Das kann bedeuten, daß die Renditeerwartungen vieler Unternehmen trotz der für die Unternehmen günstigen Verteilungssituation und der vorübergehenden Aufhellung im Jahre 1994 insgesamt sehr gedrückt sind. Dabei spielt sicherlich zuletzt auch die Aufwertung der D-Mark eine Rolle, die zum monetären Datenkranz gehört. Umfragen des ifo Instituts weisen darauf hin, daß sich die Erwartungen der Unternehmen, auskömmliche Preise auf den Märkten erzielen zu können, im Verlaufe von 1995 stark verschlechtert haben. Die für die Investitionstätigkeit relevante Größe, nämlich die Relation der erwarteten Rendite zum Nominalzins, kann folglich derzeit sehr ungünstig sein. Die Geldpolitik wäre dann, an dieser Gewinn-Zins-Relation gemessen, nicht expansiv genug.

Eine positive Zinsdifferenz steht dem nicht entgegen. Die positive Zinsdifferenz sagt nur aus, daß die Geldpolitik Impulse gibt, um den Kapitalmarktzins zu drücken. Darüber, ob diese Impulse ausreichen, die Investitionen anzuregen, informiert die Zinsdifferenz nicht. In den USA bedurfte es zu Beginn des Aufschwungs vom Anfang der 90er Jahre einer Zinsdifferenz von 4 Prozentpunkten und eines kurzfristigen Realzinses von Null, um die Investitionstätigkeit zu beleben. Noch weniger paßt in das übliche Schema von „expansiv“ und „restriktiv“ der Fall Japans. Beginnen nämlich die Preise, etwa für industrielle Güter, wie in Japan zu fallen, kann auch ein Zins nahe Null und eine positive Zinsdifferenz auf eine Geldpolitik hindeuten, die nicht mehr in der Lage ist, den Wachstumsprozeß zu stimulieren. Kommt es soweit, kann nur noch der Staat über höhere Ausgaben oder geringere Einnahmen, auf jeden Fall durch höhere Defizite und bei geldpolitischer Akkommodation die Gewinnerwartungen verbessern. Die Geldpolitik hat dann zu spät gehandelt.

Ein ernstzunehmender Einwand gegen den Einsatz der Geldpolitik zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen betrifft Abstimmungsprobleme mit der Lohnpolitik. Ginge etwa von den Lohnverhandlungen schon zu Beginn des Aufschwungs ein hoher Kostendruck aus, so daß sich die Unternehmen gezwungen sähen, die Preise rasch zu erhöhen, um die Gewinne stabilisieren zu können, wäre der expansive Einsatz der Geldpolitik in der Tat bedenklich. Die zusätzlich zur Verfügung gestellten Finanzierungsmittel würden dann vorwiegend von Preiserhöhungen absorbiert, ohne daß Arbeitsplätze entstünden. Zudem müßte die Geldpolitik rasch wieder bremsen, um eine Beschleunigung der Preisteigerungen zu verhindern. Die Gefahr, daß es so kommt, ist nie ganz auszuschließen. Daraus zu folgern, weil es so kommen könnte, dürfe die Geldpolitik von vornherein nicht expansiv ausgerichtet werden, heißt nichts anderes, als aus Angst vor dem Tode Selbstmord zu begehen. Da nur die Geldpolitik zusätzliche Investitionen und damit die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ermöglichen kann, bedeutet Abstinenz der Geldpolitik von vornherein den Verzicht auf eine offensive Lösung der Beschäftigungspro-

bleme. Die Lösung liegt dagegen bei der Abstimmung von Geld- und Lohnpolitik. Die Lohnpolitik muß — vor allem in der Anfangsphase des Aufschwungs — zurückhaltend sein, um die Gewinnerwartungen zu stabilisieren und der Geldpolitik die Möglichkeit zu geben, durch niedrige Zinsen die Investitionen anzuregen.

Die Lohnpolitik ist allerdings systematisch überfordert, wenn man von ihr verlangt, die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu erhöhen oder die Gewinne der Unternehmen verbessern zu helfen. Weder die Kaufkrafttheorie des Lohnes noch die Gewinntheorie des Lohnes haben eine haltbare theoretische Basis²¹. Auch die Entwicklung der Reallohne hat die Lohnpolitik nicht in der Hand. Der entscheidende Beitrag der Lohnpolitik liegt jeweils in dem Signal, das sie in Bezug auf die mittelfristige Ausrichtung der Löhne gibt. Signalisiert die Lohnpolitik schon früh, daß sie den zu erwartenden Produktivitätszuwachs mit ihren Nominallohnabschlüssen weit überschreiten wird, ist das für die Geldpolitik ein Alarmsignal ersten Ranges. Die Geldpolitik ist dann gezwungen, sich ebenso früh auf eine erneute Einschränkung der Investitionen und der Produktionsmöglichkeiten einzustellen. In dieser Hinsicht war der Abschluß der Metallindustrie im Frühjahr 1995 ein falsches Signal. Der Abschluß für die Jahre 1995 und 1996 war — auch im Lichte der weltweiten Abschwächung — zu hoch. Besonders 1996 wird der Kostenanstieg in der Metallindustrie bei schwacher Konjunktur zu Buche schlagen. Das jetzt von der IG Metall vorgeschlagene „Bündnis für Arbeit“ greift daher zu kurz.

Ein Bündnis für Arbeit?

Soll für Ost- und Westdeutschland ein wirksames Bündnis für Arbeit zustande kommen, ist mehr notwendig, als die Verwirklichung der bisher vorliegenden Vorschläge. Auf der Basis einer gründlichen Analyse der unterschiedlichen Probleme in Ost- und Westdeutschland und unter Berücksichtigung der internationalen Rückwirkungen deutscher Politik müssen alle Beteiligten, unabhängige Institutionen ebenso wie die Wirtschaftspolitik, ihre Positionen überdenken. Bundesregierung und Arbeitgeber räumen ein, daß die Ausnutzung des Auslandes als Nachfrager und damit als dem wichtigsten Stabilisator der deutschen Wirtschaft nicht tragfähig ist, weil das Ausland darauf mit gleichgerichteten Maßnahmen und/oder die Kapitalmärkte mit einer Aufwertung der D-Mark reagieren müssen. Bundesbank und Gewerkschaften räumen ein, daß sie erhebliche Verantwortung für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen tragen.

Kein Zweifel sollte von vornherein auch darüber bestehen, daß es ein spezifisch deutsches Standortproblem in dem Sinne nicht gibt, daß „(...) unzureichende Investitionen, die das vorhandene Angebot an Arbeitskräften immer weniger ausschöpfen, (...) das deutlichste Symptom dafür

²¹ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1995, ..., a.a.O.

(sind), daß ein Land im Standortwettbewerb zurückfällt''²². In diesem Sinne haben fast alle großen Industrieländer ein weit gravierenderes Standortproblem als Westdeutschland. Dagegen gibt es ein echtes Standortproblem in Ostdeutschland. Hier liegen auch fünf Jahre nach der Vereinigung die Lohnstückkosten deutlich über dem Westniveau, und die Lohnquote beträgt nahezu 100 vH. Dieses offensichtliche Standortproblem wird aber öffentlich praktisch nicht diskutiert.

Das DIW hatte an dieser Stelle im Januar 1992 mit Blick auf die zu erwartende Rezession für einen „Kontrakt der Vernunft“ geworben. Er ist nicht zustande gekommen. Weder die Tarifpartner noch der Staat und die Bundesbank waren bereit, über ihren Schatten zu springen. Eine schwere Rezession und ein Anstieg der Zahl der Arbeitslosen um fast eine Million zwischen dem Frühjahr 1992 und dem Frühjahr 1994 waren die Folge. Jetzt gilt es erneut, durch rasches Handeln Schaden von Deutschland abzuwenden. Ein neuer Kontrakt der Vernunft ist daher notwendiger denn je. Ein solches echtes „Bündnis für Arbeit“ in Ost und West müßte folgende Elemente enthalten:

- Die IG Metall erklärt sich für Westdeutschland bereit, die seit November wirksame Erhöhung der Tarife und die Arbeitszeitverkürzung für 1996 neu zu verhandeln. Ein Kostenanstieg von 5 vH für einen so wichtigen Bereich wie die Metallindustrie ist bei sehr schwacher Konjunktur und deutlich gesunkenen Preissteigerungsraten nicht mehr zu rechtfertigen²³. Die IG Metall würde damit nur zur Kenntnis nehmen, daß sich die Geschäftsgrundlage des Vertrages gegenüber dem Frühjahr 1995 total verändert hat. Die Gewerkschaften insgesamt beginnen Verhandlungen mit den Arbeitgebern in Ostdeutschland mit dem Ziel, die Lohnanpassung trotz der weit fortgeschrittenen Annäherung an das westdeutsche Niveau zeitlich deutlich zu strecken, um eine durchgreifende Verbesserung der Gewinnsituation zuzulassen.
- Die Arbeitgeber verzichten auf die Forderung, soziale Leistungen abzubauen, und die Bundesregierung rückt von ihren entsprechenden Plänen ab. Der Staat akzeptiert seine Rolle als Stabilisator und läßt konjunkturbedingt höhere Defizite voll zum Tragen kommen. Für Ostdeutschland garantiert er bei einem Stillhalteabkommen der Tarifpartner eine nochmalige spürbare Aufstockung der Transfers, die investitionswilligen Unternehmen, aber auch dem Ausbau der öffentlichen Infrastruktur zugute kommen sollte.
- Die Bundesbank unterstützt eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in der Weise, daß sie in einer solchen Phase verstärkt mit einer expansiven Ausrichtung ihrer Maßnahmen die Aufgabe übernimmt, die Investitionstätigkeit und damit die gesamte wirtschaftliche Dynamik sowie den Aufbau von Arbeitsplätzen anzuregen²⁴. In der konkreten Situation heißt dies, daß die Anstrengungen der Finanzpolitik, auf europäischer Ebene das Defizitkriterium des Vertrages von Maa-

stricht zu erfüllen, flankiert werden von einer europäischen Geldpolitik, die unter Führung der Deutschen Bundesbank die kurzfristigen Zinsen rasch weiter nach unten schleust, um — ähnlich wie die amerikanische Zentralbank 1992 — einen kurzfristigen Realzins zu erreichen, der nahe Null liegt.

Ein solcher Kontrakt der Vernunft wäre ein wirkliches Signal für einen Neuanfang der Politik auf dem Weg zu mehr Arbeitsplätzen sowie einer Sicherung des Lebensstandards und der sozialen Absicherung in Deutschland und Europa. Die defensive Politik der vergangenen Jahre ist gescheitert. Nur mit einer auf lange Sicht angelegten Wachstumsoffensive können die Probleme gelöst werden. Finden Regierung, Tarifpartner und Zentralbank nicht die Kraft dazu, muß die Arbeitslosigkeit mit Hilfe von Arbeitszeitverkürzungen und Vorruhestandsregelungen gleichmäßiger verteilt werden. Anders wäre eine Ausgrenzung großer Gruppen vom gesellschaftlichen Leben und deren Folgewirkungen nicht zu vermeiden. Das Ziel der Erhaltung des Lebensstandards und der sozialen Sicherungssysteme ist damit aber nicht zu erreichen. Die Hilflosigkeit der derzeitigen Wirtschaftspolitik zeigt sich am klarsten bei diesem Problem: Es wird zwar erkannt, daß das soziale Sicherungssystem nur aufrechtzuerhalten ist, wenn mehr gearbeitet wird. Die Bedingungen dafür werden aber nicht diskutiert. Man fordert jedoch gleichzeitig die Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Das wird unter den gegenwärtigen Umständen allerdings nur zu mehr Arbeitslosigkeit führen, also einer ungleicheren Verteilung der Arbeit, nicht aber zu Mehrarbeit in der Gesamtwirtschaft. Mehr Arbeit kann nur durch eine Kehrtwendung der Wirtschaftspolitik erreicht werden.

²² Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1995/96, Ziffer 254.

²³ In der umgekehrten Situation, nämlich bei besserer Konjunktur und damit der Gefahr, daß Lohnabschlüsse zustande kommen, die sich mittelfristig als zu niedrig erweisen und damit die Gefahr härterer Verteilungskämpfe in der Zukunft mit sich bringen, hatten DIW und Institute mehrfach empfohlen, Einmalzahlungen zu vereinbaren, die der geänderten Geschäftsgrundlage Rechnung tragen. Vgl. dazu: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1989. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 17-18/89, S. 20 ff.

²⁴ Derzeit kritisiert die Bundesbank zwar, wie in ihrem Monatsbericht Dezember 1995, die zu geringen Konsolidierungsschritte, geht aber nicht auf die Frage ein, wie bei restriktiver staatlicher Politik eine sich rasch abschwächende Wirtschaft stabilisiert werden soll. Vgl. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Dezember 1995, S. 11.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1995 und 1996

	1994	1995	1996	1995		1996	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland) Arbeitszeit	−0,7 −0,6	0,0 −1,5	0,0 −0,5	−0,1 −0,8	0,0 −2,0	0,0 −1,5	0,0 0,0
Arbeitsvolumen Produktivität ¹⁾	−1,3 4,2	−1,5 3,0	−1,0 2,0	−0,9 3,5	−2,0 3,0	−1,5 2,0	0,0 1,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 Nachrichtlich: in Mrd. DM	2,9 2 965,1	2,0 3 017,5	1,0 3 046,5	2,6 1 485,2	1,0 1 532,0	0,0 1 488,5	1,5 1 557,5
WESTDEUTSCHLAND							
Erwerbstätige (im Inland) Arbeitszeit	−1,2 −0,5	−0,5 −1,0	−0,5 −0,5	−0,7 −0,6	−0,5 −2,0	−0,5 −1,5	−0,5 0,0
Arbeitsvolumen Produktivität ¹⁾	−1,7 4,1	−2,0 3,5	−1,0 1,5	−1,3 3,5	−2,5 3,0	−2,0 2,0	0,0 1,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 Nachrichtlich: in Mrd. DM	2,4 2 706,8	1,5 2 744,5	0,75 2 762,5	2,1 1 353,3	0,5 1 391,0	0,0 1 352,0	1,5 1 411,0
OSTDEUTSCHLAND							
Erwerbstätige (im Inland) Arbeitszeit	1,5 −1,1	2,5 −2,0	1,5 −1,0	2,7 −2,0	2,0 −2,0	1,5 −1,0	1,0 −1,0
Arbeitsvolumen Produktivität ¹⁾	0,4 8,0	0,5 5,5	0,0 4,0	0,7 6,3	0,0 4,5	0,5 3,5	0,0 4,0
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 Nachrichtlich: in Mrd. DM	8,5 258,3	5,5 273,0	4,0 283,5	7,0 131,9	4,5 141,0	4,0 137,0	4,0 146,5

2. Lohnstückkosten (Inlandskonzept)
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1 814,3 1 468,0	1 874,0 1 516,0	1 948,5 1 570,0	874,7 707,2	999,0 808,5	903,5 728,5	1045,0 841,5
Lohnstückkosten ²⁾	108,6	110,0	113,5	104,5	115,5	107,5	119,0
WESTDEUTSCHLAND							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1 564,3 1 259,6	1 604,5 1 290,5	1 655,0 1 325,5	749,8 602,6	854,5 688,0	768,5 615,0	887,0 710,0
Lohnstückkosten ²⁾	107,0	108,0	111,0	102,6	113,5	105,0	116,5
OSTDEUTSCHLAND							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit Bruttolohn- u. -gehaltsumme	250,0 208,5	269,5 225,0	293,5 244,5	124,9 104,6	144,5 120,5	135,5 113,0	158,0 131,5
Lohnstückkosten ²⁾	112,1	114,5	120,0	109,7	118,5	114,5	125,0

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit Bruttolohn- u. -gehaltsumme	2,2 1,4	3,5 3,5	4,0 3,5	3,1 3,1	3,5 3,5	3,5 3,0	4,5 4,0
Lohnstückkosten ²⁾	−0,6	1,5	3,0	0,5	2,5	3,0	3,0
WESTDEUTSCHLAND							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1,4 0,5	2,5 2,5	3,0 2,5	2,2 2,2	3,0 2,5	2,5 2,0	4,0 3,0
Lohnstückkosten ²⁾	−1,0	1,0	2,5	0,1	2,0	2,5	2,5
OSTDEUTSCHLAND							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit Bruttolohn- u. -gehaltsumme	8,1 7,2	8,0 8,0	9,0 8,5	8,6 8,9	7,0 7,5	8,5 8,0	9,5 9,0
Lohnstückkosten ²⁾	−0,4	2,0	5,0	1,5	2,5	4,5	5,0

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1995 und 1996

	1994	1995	1996	1995		1996	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

3. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 902,4	1 966,5	2 047,5	956,8	1 009,5	990,0	1 057,5
Staatsverbrauch	650,4	675,5	700,0	313,8	361,5	325,5	374,0
Anlageinvestitionen	729,7	745,5	756,0	362,5	383,0	360,5	395,5
Ausrüstungen	257,8	261,0	273,0	124,7	136,5	124,5	148,5
Bauten	471,8	484,0	483,0	237,8	246,5	236,5	247,0
Vorratsveränderung	20,4	36,5	31,0	24,6	12,0	23,5	7,5
Inlandsnachfrage	3 302,8	3 424,0	3 534,5	1 657,7	1 766,0	1 700,0	1 834,5
Außenbeitrag	17,5	32,5	29,0	20,9	12,0	17,0	12,0
Ausfuhr	752,7	783,0	799,0	391,0	392,0	391,5	408,0
Einfuhr	735,2	750,0	770,0	370,1	380,0	374,0	396,0
Bruttoinlandsprodukt	3 320,3	3 456,5	3 563,5	1 678,6	1 778,0	1 717,0	1 846,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	3,7	3,5	4,0	3,6	3,0	3,5	4,5
Staatsverbrauch	3,0	4,0	3,5	3,8	4,0	3,5	3,5
Anlageinvestitionen	5,9	2,0	1,5	4,9	-0,5	-0,5	3,5
Ausrüstungen	-1,4	1,5	4,5	4,5	-1,5	-0,5	9,0
Bauten	10,3	2,5	0,0	5,0	0,5	-0,5	0,0
Inlandsnachfrage	5,1	3,5	3,0	4,4	3,0	2,5	4,0
Ausfuhr	8,2	4,0	2,0	5,7	2,5	0,0	4,0
Einfuhr	7,6	2,0	2,5	4,1	0,0	1,0	4,0
Bruttoinlandsprodukt	5,2	4,0	3,0	4,8	3,5	2,5	4,0

4. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 698,1	1 722,5	1 757,5	839,5	883,0	851,5	906,0
Staatsverbrauch	588,5	597,5	606,5	291,7	306,0	296,5	310,0
Anlageinvestitionen	668,2	673,0	672,0	327,1	345,5	321,5	350,5
Ausrüstungen	251,6	255,0	261,5	121,6	133,5	120,0	141,5
Bauten	416,6	418,0	410,5	205,6	212,5	201,5	209,0
Vorratsveränderung	24,9	37,5	31,0	27,4	10,0	26,5	4,5
Inlandsnachfrage	2 979,6	3 030,0	3 067,0	1 485,6	1 544,5	1 496,0	1 570,5
Außenbeitrag	-14,5	-13,0	-20,5	-0,4	-12,5	-7,5	-13,0
Ausfuhr	739,8	757,0	766,0	379,0	378,0	376,0	389,5
Einfuhr	754,3	769,5	786,5	379,4	390,5	383,5	403,0
Bruttoinlandsprodukt	2 965,1	3 017,5	3 046,5	1 485,2	1 532,0	1 488,5	1 557,5
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	2 958,1	3 005,0	3 030,0	1 480,1	1 525,0	1 482,0	1 548,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	0,9	1,5	2,0	1,6	1,5	1,5	2,5
Staatsverbrauch	1,2	1,5	1,5	1,7	1,5	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	4,3	0,5	0,0	3,2	-1,5	-1,5	1,5
Ausrüstungen	-1,2	1,5	2,5	4,7	-1,5	-1,0	6,0
Bauten	7,8	0,5	-2,0	2,4	-1,5	-2,0	-1,5
Inlandsnachfrage	2,8	1,5	1,0	2,5	1,0	0,5	1,5
Ausfuhr	7,5	2,5	1,0	4,0	0,5	-0,5	3,0
Einfuhr	7,1	2,0	2,0	3,8	0,5	1,0	3,0
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,0	1,0	2,6	1,0	0,0	1,5
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	2,4	1,5	1,0	2,0	1,0	0,0	1,5

5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1991 = 100)
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	2,8	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Staatsverbrauch	1,7	2,5	2,0	2,1	2,5	2,0	2,0
Anlageinvestitionen	1,5	1,5	1,5	1,6	1,5	1,0	2,0
Ausrüstungen	-0,2	0,0	2,0	-0,2	0,0	1,0	2,5
Bauten	2,3	2,5	1,5	2,6	2,0	1,5	2,0
Ausfuhr	0,6	1,5	1,0	1,7	1,5	1,0	1,0
Einfuhr	0,5	0,0	0,5	0,3	0,0	0,0	1,0
Bruttoinlandsprodukt	2,3	2,5	2,0	2,2	2,5	2,0	2,0

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1995 und 1996

	1994	1995	1996	1995		1996	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

6. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 815,0	1 874,0	1 948,5	874,7	999,0	904,0	1 045,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 468,7	1 516,0	1 570,5	707,2	808,5	728,5	842,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	968,9	973,0	1 027,5	457,8	515,0	483,0	544,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	684,9	735,0	738,5	383,6	351,5	384,0	355,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	594,0	653,0	650,5	343,3	310,0	340,5	310,0
Entnahmen ³⁾⁴⁾	583,7	602,0	639,0	306,9	295,5	321,0	318,0
Nichtentnommene Gewinne	10,3	51,0	11,5	36,4	14,5	19,5	—8,0
Volkseinkommen	2 499,9	2 608,5	2 687,5	1 258,3	1 350,5	1 287,5	1 400,0
Abschreibungen	439,5	456,5	476,0	226,6	230,0	234,5	241,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	373,0	378,5	382,0	188,1	190,0	187,0	194,5
Bruttosozialprodukt	3 312,4	3 443,5	3 545,0	1 673,0	1 770,5	1 709,0	1 836,0

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	2,2	3,0	4,0	3,0	3,5	3,5	4,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1,4	3,0	3,5	3,0	3,5	3,0	4,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	—0,7	0,5	5,5	0,4	0,5	5,5	5,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	2,4	3,5	4,0	3,3	3,5	3,5	4,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	0,3	0,5	6,0	0,7	0,5	6,0	6,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	11,1	7,5	0,5	9,2	5,5	0,0	1,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	15,8	10,0	—0,5	13,2	6,5	—1,0	0,0
Entnahmen ³⁾⁴⁾	8,3	3,0	6,0	1,0	5,5	4,5	7,5
Volkseinkommen	4,5	4,5	3,0	4,8	4,0	2,5	3,5
Abschreibungen	3,7	4,0	4,5	3,9	4,0	3,5	5,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	8,0	1,5	1,0	1,1	1,5	—0,5	2,5
Bruttosozialprodukt	4,8	4,0	3,0	4,3	3,5	2,0	3,5

7. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	968,9	973,0	1 027,5	457,8	515,0	483,0	544,5
Übertragene Einkommen ⁵⁾	591,6	614,0	610,0	303,8	310,5	301,5	308,5
Entnahmen ³⁾	684,0	739,5	790,0	368,2	371,5	389,5	400,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	40,5	42,5	44,5	21,0	21,5	22,0	22,5
Geleistete Übertragungen ⁶⁾	52,3	55,0	58,0	27,3	27,5	29,0	29,0
Verfügbares Einkommen	2 151,6	2 229,5	2 324,5	1 081,5	1 148,0	1 122,5	1 202,0
Privater Verbrauch	1 902,4	1 966,5	2 047,5	956,8	1 009,5	990,0	1 057,5
Ersparnis	249,3	263,0	277,0	124,7	138,5	132,5	144,5
Sparquote (vH) ⁷⁾	11,6	11,8	11,9	11,5	12,0	11,8	12,0

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	—0,7	0,5	5,5	0,4	0,5	5,5	5,5
Übertragene Einkommen ⁵⁾	4,1	4,0	—0,5	4,3	3,5	—1,0	—0,5
Entnahmen ³⁾	8,0	8,0	7,0	6,4	10,0	6,0	7,5
Verfügbares Einkommen	3,0	3,5	4,5	3,3	4,0	4,0	4,5
Privater Verbrauch	3,7	3,5	4,0	3,6	3,0	3,5	4,5
Ersparnis	—2,2	5,5	5,5	1,3	9,5	6,5	4,5

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1995 und 1996

	1994	1995	1996	1995		1996	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

8. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	811,0	843,0	835,0	399,5	443,5	390,0	445,0
Sozialbeiträge	639,4	668,5	715,0	315,8	352,5	334,0	381,0
Erwerbseinkünfte	53,5	41,0	37,0	25,0	16,5	22,0	15,0
Sonstige Einnahmen	39,4	39,5	42,0	16,7	23,0	18,0	23,5
Vermögensübertragungen, Abschreibungen	37,9	39,0	40,0	18,8	20,0	19,0	20,5
Einnahmen insgesamt	1 581,1	1 631,5	1 669,0	775,8	856,0	783,5	885,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	650,4	675,5	700,0	313,8	361,5	325,5	374,0
Zinsen	113,4	136,5	143,5	65,3	71,0	68,5	75,0
Laufende Übertragungen	770,7	803,0	808,5	390,9	412,0	393,0	415,5
Private Haushalte	636,7	668,0	670,0	330,8	337,0	331,0	339,0
Unternehmen	73,5	74,0	76,0	30,0	44,0	31,0	45,0
Übrige Welt	60,5	61,0	62,5	30,2	31,0	31,0	31,5
Vermögensübertragungen	47,2	255,0	49,5	223,2	31,5	17,5	32,0
Bruttoinvestitionen	86,2	84,5	82,0	38,0	46,5	37,5	44,5
Ausgaben insgesamt	1 667,9	1 954,5	1 783,5	1 031,2	923,5	842,0	941,5
Finanzierungssaldo	-86,8	-323,0	-114,5	-255,4	-67,5	-58,5	-56,0

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	5,0	4,0	-1,0	2,9	5,0	-2,5	0,5
Sozialbeiträge	7,2	4,5	7,0	3,6	5,5	5,5	8,0
Erwerbseinkünfte	10,5	-23,0	-10,0	-28,4	-13,0	-11,0	-8,0
Sonstige Einnahmen	4,9	0,5	5,5	0,2	1,0	8,5	3,5
Vermögensübertragungen, Abschreibungen	8,4	3,0	2,5	3,2	3,0	2,0	2,5
Einnahmen insgesamt	6,1	3,0	2,5	1,7	4,5	1,0	3,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	3,0	4,0	3,5	3,8	4,0	3,5	3,5
Zinsen	9,2	20,5	5,5	14,7	26,0	5,5	5,5
Laufende Übertragungen	6,3	4,0	0,5	4,3	4,0	0,5	1,0
Private Haushalte	6,2	5,0	0,5	4,9	5,0	0,0	0,5
Unternehmen	6,0	1,0	2,5	-0,5	2,0	3,5	1,5
Übrige Welt	7,1	1,0	2,5	2,3	-0,5	3,0	2,0
Vermögensübertragungen	—	—	—	—	—	—	—
Bruttoinvestitionen	1,0	-2,0	-3,0	-2,7	-1,0	-1,5	-4,0
Ausgaben insgesamt	4,2	17,0	-8,5	30,7	5,0	-18,5	2,0

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde. — 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 (1991=100). — 3) Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — 4) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und öffentliche Schulden. — 5) Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge zur Sozialversicherung), Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck sowie internationale Übertragungen. — 6) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen sowie internationale private Übertragungen. — 7) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — 8) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung; 1994 einschl. Fonds Deutsche Einheit und Kreditabwicklungsfonds; 1994 und 1995 einschl. Bundesbahnvermögen; 1995 einschl. Erblastentilgungsfonds.

Quellen: 1994 und 1. Hj. 1995 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, sowie eigene Berechnungen. 2. Hj. 1995 und 1996 Prognose des DIW. Angaben gerundet.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 143 **Untersuchungen zur Einkommensverteilung und -umverteilung in der DDR 1988 nach Haushaltsgruppen und Einkommensgrößenklassen auf der methodischen Grundlage der Verteilungsrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Jürgen Boje, Dietmar Dathe, Ruth Grunert, Volker Meinhardt, Jochen Schmidt, Heinz Vortmann. 193 S. 1993. (3-428-07833-0). DM 106,— / öS 827,— / sFr 106,—.
- Heft 144 **Modellrechnung zu den steuerlichen Effekten des Wohnungsbaus mit Bezug auf globale Ergebnisse der Einkommenssteuerstatistik.** Von Bernd Bartholmai. 95 S. 1993. (3-428-07838-1). DM 82,— / öS 640,— / sFr 82,—.
- Heft 145 **Die Bedeutung des internationalen Dienstleistungshandels für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Hans J. Petersen, Fritz Franzmeyer, Herbert Lahmann, Siegfried Schultz und Christian Weise. 311 S. 1993. (3-428-07841-1). DM 158,— / öS 1.233,— / sFr 158,—.
- Heft 146 **Analyse der direkten und indirekten Förderungseffekte für einen Wohnungsbaujahrgang am Beispiel Hamburgs.** Von Bernd Bartholmai. 110 S. 1993. (3-428-07862-4). DM 88,— / öS 687,— / sFr 88,—.
- Heft 147 **Finanzielle und finanzpolitische Konsequenzen eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 138 S. 1993. (3-428-07897-7). DM 96,— / öS 749,— / sFr 96,—.
- Heft 148 **Die Weltbevölkerung von den Anfängen des anatomisch modernen Menschen bis zu den Problemen seiner Überlebensfähigkeit im 21. Jahrhundert.** Von Rolf Krengel. 124 S. 1994. (3-428-07993-0). DM 98,— / öS 765,— / sFr 98,—.
- Heft 149 **Berechnung und Bewertung der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern.** Von Heinz Enderlein, Uwe Kunert und Heike Link. 178 S. 1994. (3-428-07992-2). DM 114,— / öS 890,— / sFr 114,—.
- Heft 150 **Quantitative Szenarien zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2000.** Von Bernd Görzig, Martin Gornig und Erika Schulz. 114 S. 1994. (3-428-08001-7). DM 98,— / öS 765,— / sFr 98,—.
- Heft 151 **Wechselwirkungen zwischen Infrastrukturausstattung, strukturellem Wandel und Wirtschaftswachstum.** Von Stefan Bach, Martin Gornig, Frank Stille und Ulrich Voigt. 249 S. 1994. (3-428-08188-9). DM 138,— / öS 1077,— / sFr 138,—.
- Heft 152 **Arbeitslosenstruktur und Bewegungen bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Berlin.** Von Klaus-Peter Gaulke. 179 S. 1994. (3-428-08187-0). DM 118,— / öS 921,— / sFr 118,—.
- Heft 153 **Gesamtwirtschaftliche Position der Medien in Deutschland 1982-1992.** Von Wolfgang Seufert. 263 S. 1994. (3-428-08255-9). DM 142,— / öS 1108,— / sFr 142,—.
- Heft 154 **Zeitreihen für das Bauvolumen in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Jochen A. Hübener, Manfred Melzer, Joachim Schintke und Nicolai Mynter. 115 S. 1994. (3-428-08256-7). DM 98,— / öS 765,— / sFr 98,—.
- Heft 155 **Technologische Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland — Theoretische und empirische Aspekte einer international vergleichenden Analyse.** Von Dieter Schumacher, Heike Belitz, Alfred Haid, Kurt Hornschild, Hans J. Petersen, Florian Straßberger, Harald Trabold unter Mitarbeit von Marian Beise. 369 S. 1995. (3-428-08360-1). DM 178,— / öS 1.389,— / sFr 178,—.
- Heft 156 **Aufbau des industriellen Mittelstands in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Dietmar Edler, Frank Fleischer, Kurt Hornschild, Angela Scherzinger und Florian Straßberger. 191 S. 1995. (3-428-08372-5). DM 122,— / öS 952,— / sFr 122,—.
- Heft 157 **Wirtschaftliche Aspekte einer Vereinigung der Länder Brandenburg und Berlin.** Von Thomas Döring, Kurt Geppert, Manfred Horn, Eckhard Kutter und Dieter Vesper. 304 S. 1995. (3-428-08373-3). DM 158,— / öS 1.233,— / sFr 158,—.
- Heft 158 **Industriegüterimporte der EG aus Lateinamerika — Rahmenbedingungen und Perspektiven —.** Von Hans J. Petersen, Uta Möbius, Katharina Müller, Siegfried Schultz und Christian Weise. 218 S. 1995. (3-428-08393-8). DM 132,— / öS 1.030,— / sFr 132,—.
- Heft 159 **Ein System von Input-Output-Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland — Konzeption, Erstellung, Auswertung.** Von Utz-Peter Reich, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer unter Mitarbeit von Joachim Schintke und Wolfgang Eichmann. 324 S. 1995. (3-428-08394-6). DM 164,— / öS 1.280,— / sFr 164,—.
- Heft 160 **Auslandsinvestitionen ostasiatischer Länder in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Siegfried Schultz. 225 S. 1995. (3-428-08408-X). DM 132,— / öS 1.030,— / sFr 132,—.
- Heft 161 **Bisherige und künftige Versorgung der osteuropäischen Länder mit den Stahlveredlern Mangan, Chrom, Nickel und Molybdän.** Von Peter Eggert, Eberhard Wettig, Ilse Häusser, Aribert Kampe, Manfred Kraft, Jochen Parchmann, Helmut Schmidt und Gerhard Winkler. 364 S. 1995. (3-428-08609-0). DM 178,— / öS 1.389,— / sFr 178,—.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 65. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 2/1995. 198 S. DM 136,—

Editorial. Von *Florian Straßberger* und *Harald Trabold*

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Von *Harald Trabold*.

Systemische Wettbewerbsfähigkeit: Neue Anforderungen an Unternehmen und Politik. Von *Klaus Eber*, *Wolfgang Hillebrand*, *Dirk Messner* und *Jörg Meyer-Stamer*.

Technischer Wandel und wirtschaftliches Wachstum: Einige jüngere Entwicklungen, empirische Ergebnisse und wirtschaftspolitische Konsequenzen. Von *Florian Straßberger*.

Die Internationalisierung von Forschung und Entwicklung multinationaler Unternehmen und die technologische Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaften. Von *Marian Beise* und *Heike Belitz*.

Zur technologischen Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft — *Eine ökonomische Beurteilung im längerfristigen und internationalen Vergleich*. Von *Dieter Schumacher*.

Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrie. Von *Alexander Eickelpasch*.

EU-Politik zur Steigerung regionaler Wettbewerbsfähigkeit. Von *Christian Weise*.

Competitiveness of Central-Eastern European Countries. By *Ulrich Thießen*.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit der südostasiatischen Schwellen- und Entwicklungsländer. Von *Ludger Lindlar*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 3/1995. 208 S. DM 142,—

Editorial. Von Prof. Dr. *Lutz Hoffmann*.

Finanzpolitisches Handeln und Vereinigungsprozeß — ein Rückblick auf fünf Jahre Deutsche Einheit Von *Dieter Vesper*. Geld und Währung in Deutschland seit der Währungsumstellung. Von *Reinhard Pohl*.

Die deutsche Vereinigung — ein Transferproblem. Von *Heiner Flassbeck*.

Die deutsche Vereinigung — Stimulus für die Weltwirtschaft? — *Ein Rückblick mittels ökonomischer Simulationen*. Von *Gustav A. Horn* und *Rudolf Zwiener*.

Strukturen der Industrie in den neuen Bundesländern. Von *Karl Brenke*.

Die Privatisierungs- und Sanierungsstrategie der Treuhandanstalt: Eine Analyse aus transaktionskostentheoretischer Sicht. Von *Herbert Brucker*.

Strukturwandel von Nachfrage und Produktion in Ostdeutschland — *Veränderte Einschätzungen durch Berücksichtigung von Preisunterschieden*. Von *Martin Gornig* und *Claudius Schmidt-Faber*.

Income Effects of Unemployment and Short-Time Work in the East German Transformation Process. By *Johannes Schwarze*, *Ulrich Rendtel* and *Felix Büchel*.

Anlagevermögen und Produktionspotential in Ostdeutschland. Von *Bernd Görzig*.

Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges in den neuen Bundesländern auf ausgewählte Infrastrukturbereiche. Von *Erika Schulz*.

Maßnahmen und Wirkungen der Umweltpolitik des Bundes in den neuen Ländern. Von *Heike Belitz*, *Dietmar Edler* und *Walter Komar*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 4/1995. 134 S. DM 98,—

Market spreading versus market concentration: The choice of export marketing strategies reconsidered. By *Harald Trabold*. Arbeitsmarktsituation von Frauen in den neuen Bundesländern: Erwerbsverhalten, frauenspezifische Beschäftigungsrisiken, betriebliche Handlungsspielräume. Von *Friederike Behringer*.

Kohorteneffekte auf Niveau und Entwicklung von Arbeitseinkommen im Laufe des Berufslebens — eine empirische Studie. Von *Hilmar Luckert*, *Christof Kühnlein* und *Leonhard Knoll*.

Koordinierungsbedarf für die direkten Steuern bei verstärkter politischer und wirtschaftlicher Integration in der Europäischen Union. Von *Thomas Döring* und *Oliver Fromm*.

Individuelle Wohlfahrtseffekte einer ökologischen Steuerreform am Beispiel des Verkehrsbereiches. Von *Holger Schlör*. Armut in der Transformation — das Beispiel Ungarn. Von *Rudolf Andorka* und *Zsolt Spéder*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schreitt, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304